
Quartiersentwicklungsplan

für das Sanierungsgebiet

**Kaiser-Friedrich-Straße /
Weststadt**

**Chance auf ein lebens- und
liebenswertes Quartier**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
1 Grundsatzüberlegungen zu benachteiligten Quartieren	3
2 Grundlage.....	7
3 Aufgabe und Zielsetzung des Quartiersentwicklungskonzepts	8
4 IST-Analyse	11
4.1 Lage	11
4.2 Bevölkerung.....	11
4.3 Gebäude.....	12
4.4 Gewerbe	12
4.5 Soziale Einrichtungen und Bildungsstätten	13
5 SWOT-Analyse	14
5.1 Stärken des Quartiers	14
5.2 Schwächen des Quartiers.....	14
5.3 Chancen	15
5.4 Risiken.....	16
6 Visionen, Gebietsziele und Qualitätsstandards.....	17
6.1 Visionen.....	17
6.2 Leitziele	17
6.3 Handlungsfelder.....	18
6.3.1 Lokale Ökonomie	20
6.3.2 Umwelt und Verkehr	22
6.3.3 Wohnumfeld und öffentlicher Raum	24
6.3.4 Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft.....	28
6.3.5 Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung	31
6.3.6 Bildung.....	35
6.3.7 Familienförderung.....	39
6.3.8 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.....	41
6.3.9 Kultur im Stadtteil.....	45
6.3.10 Gesundheitsförderung	49
7 Ausblick und weiteres Vorgehen.....	52
Literaturverzeichnis	56

1 Grundsatzüberlegungen zu benachteiligten Quartieren

Als Großstadt mit knapp 120.000 Einwohnern besteht Pforzheim aus rund 15 differenzierten, räumlich voneinander abgegrenzten Stadtteilen (1), die sich sowohl geografisch (Tal- und Hanglagen), baulich, wie auch funktional, sozial und kulturell voneinander unterscheiden. Die jeweiligen Milieus sowie die Kumulation von Problem- und Konfliktlagen variieren von Quartier zu Quartier. Gelegentlich kommt es auch innerhalb eines Quartiers zur Binnensegregation, wodurch die Problemlagen und ihre Darstellung noch komplexer werden.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Situation der Quartiere und bisherigen Sanierungsgebiete in Pforzheim keineswegs identisch und vergleichbar. Sie bedarf jeweils einer detaillierten Einzelbetrachtung.

Die divergierende Entwicklung der Quartiere hat mannigfaltige Ursachen. Sie liegen primär in der selektiven Wirkung des Bodenmarktes, in der unterschiedlichen Einkommensentwicklung der Wohnungssuchenden, in den teilweise über Generationen gewachsenen Strukturen und den sanierungsgebietsspezifischen Angeboten bestimmter Wohnungstypen. Durch ungleiche Einkommensentwicklung und zunehmende soziokulturelle Differenzierung nehmen soziale und kulturelle Disparitäten zu.

In gewissem Umfang ist diese Entwicklung einer Großstadt durchaus als normal einzustufen. Pforzheim fällt leider seit Jahren aus dem Rahmen der Vergleichsstädte Baden-Württembergs. Unsere Stadt weist eine hohe Belastung vor allem im Bereich der Arbeitslosigkeit – besonders bei den Jugendlichen und minder qualifizierten Arbeitskräften - und Armut auf. Soziale Unterschiede innerhalb ein und desselben Quartieres (Binnensegregation) sind keine Seltenheit.

(¹)Arlinger, Au, Brötzingen, Büchenbronn, Buckenberg, Dillweißenstein, Eutingen, Haidach, Hohenwart, Huchenfeld, Innenstadt, Maihalden, Nordstadt, Oststadt I, Oststadt II, Sonnenberg, Sonnenhof, Wartberg, Weststadt, Würm (wobei Arlinger, Sonnenhof, Sonnenberg und Wartberg Teile eines Stadtteiles sind).

Im Kernbereich des Sanierungsgebiets Kaiser-Friedrich-Straße/Weststadt

(2) lassen sich vier verschiedene Bereiche unterscheiden:

1. der Bereich östlich der Jahnstraße (lebendiges Quartier, sehr viel Einzelhandel, urbanes, studentisches und großstädtisches Leben im Bereich des Sedansplatzes und der Dillsteiner Straße sowie den angrenzenden Straßen
2. der Bereich zwischen Jahnstraße und Benckiserstraße (vier große Gewerbeunternehmen, sowie Arbeiten und Wohnen im Quartier)
3. der Bereich zwischen Benckiserstraße und der Jugendverkehrsschule (geprägt durch sozialen Wohnungsbau und hohe soziale Belastung)
4. der Bereich entlang der Steubenstraße (innerstädtisches Wohnquartier direkt an der Enz gelegen.

Die Probleme Pforzheims sind in jenen Stadtteilen besonders virulent, in denen auf Grund kumulativer sozialer Problemlagen eine zunehmende Desintegration und Marginalisierung von großen Teilen der Bewohnerschaft zu beobachten ist und in denen trotz zögerlich einsetzender sozialer Intervention und Stabilisierung die soziale Entmischung zunimmt. Ursächlich hierfür ist weniger das Fortbestehen städtebaulicher Missstände – die durch die Umgestaltung der KF(3) teilweise bereits korrigiert wurden – als vielmehr zunehmende Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und eine wachsende soziale und kulturelle Unsicherheit. Die Konzentration sozial stark belasteter Gruppen bewirken Abwanderungsprozesse der anderen, weniger oder nicht belasteten Bevölkerungsgruppen. Das verstärkt die soziale Entmischung mit gravierenden Folgen für die Wohnungswirtschaft. Alleinstehende oder Familien mit gesicherten Einkommen ziehen nach und nach aus dem Sanierungsgebiet KF/Weststadt weg.

Die Tatsache, dass auch gut integrierte, finanziell abgesicherte, aufstiegsorientierte Migrantenfamilien das Quartier verlassen, macht deutlich, dass

(²) Das Sanierungsgebiet befindet sich südwestlich des Stadtzentrums von Pforzheim. Es ist charakterisiert durch stark belastete Straßenräume, enge Überbauung und Gemengelagen. Durch die Lage am Enzufer und die Nähe zur Innenstadt sind aber durchaus auch Qualitäten und Chancen erkennbar (<http://www.pforzheim.de/leben-in-pforzheim/bauen-wohnen/stadterneuerung/kf-weststadt.html>)

(³) Abkürzung KF entspricht Kaiser-Friedrich-Straße

es primär um die Konzentration sozialer Problemlagen und deren negative Rückwirkung auf das ganze Sanierungsgebiet geht. Die Herkunft aus bzw. der Zuzug in ein bestimmtes Quartier kann zum Stigma werden und im negativen Fall Bewohner und Bewohnerinnen bei der Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz behindern (4).

Gerade Kinder und Jugendliche, für die das Quartier ein wichtiger Sozialisationsraum ist, werden durch eine solche Entwicklung stark beeinflusst. Für diese Zielgruppe führt die anregungsarme Umgebung im Sanierungsgebiet zu einer Beeinträchtigung ihrer Entwicklungschancen. Hier reicht es nicht, lediglich auf Einrichtungen in anderen Quartieren oder Stadtteilen zu verweisen. Es zeigt sich, dass Bildungserfolge und die Beteiligung an beruflicher Qualifikation in der KF/Weststadt oft erheblich geringer ist als in anderen Quartieren (5).

Im Sanierungsgebiet muss die Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen, die in besonders belasteten Lebenslagen aufwachsen zu einem zentralen Baustein der Entwicklungsstrategie werden. Die Sanierungsaktivitäten auf die räumliche, bauliche und verkehrsberuhigte Umgestaltung zu beschränken reicht mit Blick auf eine nachhaltige Quartiersentwicklung nicht aus.

Eine wesentliche Erkenntnis der in den letzten Jahren geführten programmatischen Diskussion zur Stadtentwicklung auf nationaler und internationaler Ebene besteht darin, dass die sich selbst verstärkenden „Abwärtsspiralen“ in den benachteiligten Quartieren mit den klassischen Instrumentarien der Städtebauförderung, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik usw. nicht zu stoppen ist⁽⁶⁾.

Es genügt nicht, die KF nur baulich umzugestalten. Integrierte Quartiersentwicklung bedeutet, dass soziale, ökonomische, bauliche und kulturelle Probleme durch integriertes Handeln mit sichtbaren Anstrengungen gleichzeitig angegangen werden müssen. Dazu bedarf es einer ressortübergreifenden Integration der Dezernate I-IV, die sich zu einer gemein-

⁽⁴⁾ vgl. hierzu auch die Situation im Gebiet „Unteres Enztal“

⁽⁵⁾ vgl. hierzu die Übergangsquote der Hauptschulen an weiterführende Schulen

⁽⁶⁾ Der vorliegende Quartiersentwicklungsplan orientiert sich maßgeblich an dem „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung“ der Freien und Hansestadt Hamburg, der 2009 unter Einbeziehung des aktuellen Diskussionsstands zum Thema Quartiersmanagement.

samen Zielvereinbarung verpflichten und diese unter Bündelung aller Kräfte im Konsens auch umsetzen. Die Einbindung aller Gemeinderatsfraktionen im Vorfeld würde den Beginn einer neuen kooperativen Gestaltungskultur unter Einbeziehung der Lokalpolitik bedeuten, die sich nicht in den Ausschüssen, sondern im direkten Dialog zwischen der Verwaltung und den Bürgern abspielt. Dazu müssen Ressortgrenzen überwunden und Fachprogramme sowie Förderanstrengungen koordiniert werden.

Denn nur ein Handlungsprogramm, das multidimensional auf Veränderungen ausgerichtet ist, kann einen nachhaltigen Wandel bewirken. Um ein solches Programm in die Praxis zu übersetzen, sind die Integration der relevanten Fachpolitiker aller Fraktionen im Gemeinderat und eine gesamtstädtische Steuerung notwendig.

Es wäre wünschenswert, dass Pforzheim ein nachhaltiges Handlungskonzept entwickelt, das dem aufgezeigten sozialen Desintegrations- und Marginalisierungsprozess entgegensteuert. Dies kann eine Kommune allerdings nur im Verbund mit Wohnungsbaugesellschaften, Kammern, Kirchen, sozialen Einrichtungen, Verbänden und Trägern, Gewerkschaften, den im Sanierungsgebiet tätigen Vereinen, dem Quartiersmanagement sowie dem Quartiersrat erreichen.

Die Konzeption und Durchführung eines integrativen Quartiersentwicklungsplanes für das Sanierungsgebiet KF/Weststadt – und für alle anderen „benachteiligte Stadtteile“ Pforzheims - zeichnet sich durch eine zunehmende Komplexität der Handlungsansätze aus, die einhergeht mit wachsenden Anforderungen an die Entwicklung innovativer Steuerungs- und Managementformen.

2 Grundlage

Das Sanierungsgebiet der Kaiser-Friedrich-Straße ist *„mit Bescheid vom 03.07.2007 ... in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ aufgenommen“* worden. *„Durch Beschluß vom 24.03.2009 hat der Gemeinderat der Stadt Pforzheim die Erweiterungsgebiete Weststadt und Weiherberg förmlich festgelegt und durch Zusammenlegung mit dem ursprünglichen Sanierungsgebiet zum neuen Fördergebiet „Soziale Stadt Kaiser-Friedrich-Straße/Weststadt“ vereint.“* ⁽⁷⁾

Zeitgleich beantragten die beiden Baugenossenschaften Arlinger und Familienheim Pforzheim ein Quartiersmanagement. Für das Jahr 2010 wurde das Diakonische Werk Pforzheim-Stadt mit dieser Aufgabe betraut.

Die Aufgaben des Quartiersmanagers übernahm Wolfram Hertrampf (Sozialarbeiter grad.). Seit 2011 führen die Baugenossenschaften Arlinger und Familienheim Pforzheim zusammen mit dem Diakonischen Werk Pforzheim-Stadt dieses Projekt mit veränderter Organisationsstruktur fort. Als zusätzliche Quartiersmanager sind die Sozialpädagogen Katja Wengert und Axel Baumbusch, beide Mitarbeiter von Jugendarbeit Stadtteile, eine Einrichtung der SJR Betriebs GmbH, mit jeweils sechs Wochenstunden auf Honorarbasis beauftragt.

⁽⁷⁾ Sachstandsbericht des Amtes für Stadtplanung, Liegenschaften und Vermessung Lenkungsgruppe Soziale Stadt – Programmjahr 2010 - vom 16.08.2010

3 Aufgabe und Zielsetzung des Quartiersentwicklungskonzepts

Mit dem Beschluss des Gemeinderates der Stadt Pforzheim zur Fortsetzung des Quartiersmanagements für das Jahr 2011 wurde die Erstellung eines Quartiersentwicklungskonzepts und eines Aktionsplanes festgelegt. Diese dienen als Grundlage für eine zukunftsorientierte, verlässliche und nachhaltige Rahmenplanung.

Diese Rahmenplanung zielt auf ein integriertes Sanierungskonzept mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Berücksichtigung der notwendigen städtebaulichen Entwicklungen
- Stärkung und Weiterentwicklung des lokalen Einzelhandels
- Erhalt der hier ansässigen Industrie und Kleingewerbes
- Erarbeitung von Konzepten für eine bislang nur in Ansätzen vorhandene soziale Entwicklung

Das Quartiersentwicklungskonzept basiert auf der Feststellung, dass das Sanierungsgebiet in folgenden Punkten erheblich von den gesamtstädtischen Mittelwerten Pforzheims abweicht:

- Sozialstruktur
- Einkommenssituation
- Arbeitsplatzangebot ⁽⁸⁾
- Bildungs- und Ausbildungsniveau
- Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur
- baulicher und verkehrsbedingter Zustand von Straßen, Gebäuden und Plätzen
- Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt sowie das Verständnis der Bewohner im Umgang mit demselben

⁽⁸⁾ die Mehrzahl der Beschäftigten im Einzelhandel um den Sedansplatz, aus der Firma G.Rau und der Firma Wellendorf wohnen nicht im Quartier; Arbeit für schlecht qualifizierte Arbeiter gib es zuwenig.

Bei der programmatischen Ausrichtung des Quartiersentwicklungsplanes und - damit einhergehend - der Neuausrichtung der politischen Handlungsstrategien werden folgende methodischen und institutionellen Schwerpunkte gesetzt:

1. Für das Sanierungsgebiet sollte eine exakte Datenerhebung als Grundlage für alle am Prozeß beteiligten Gremien erhoben bzw. ausgelesen werden.
2. Eine genaue Iststandsanalyse wird erarbeitet.
3. Die Verwaltung oder ein entsprechendes Gremium definiert präzise die Aufgabenstellung für das Sanierungsgebiet unter städtebaulichen und sozialen Gesichtspunkten und stellt diese unter Federführung eines Dezernates.
4. Sanierungsgebietsbezogene Koordination der relevanten Fachämter unter Leitung der Abteilung Stadtentwicklung/Sanierungsstelle zur Bündelung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten sowie Einsatz von investiven und nicht investiven Mitteln
5. Aufbau neuer behördenübergreifender Verfahrens- und Organisationsstrukturen
6. Stärkere Fokussierung auf soziale Problemlagen, verbunden mit einer Stärkung des gebietsbezogenen Managements
7. Einsatz zeitgemäßer Steuerungselemente

Der folgende Quartiersentwicklungsplan knüpft an teilweise bereits bestehende Maßnahmen an und wird eine nachhaltige Perspektive hinsichtlich des derzeit vorhandenen Finanz- und Zeitrahmens über den derzeitigen Planungszeitraum hinaus aufzeigen.

Im Sinne einer strategischen Planung und Zielbestimmung wird zunächst eine Vision für das Sanierungsgebiet entwickelt. Danach gilt es, Leitziele zu formulieren, die als grundlegende Rahmenvorgaben und Orientierungshilfen für das Quartier dienen.

Ausgangspunkt ist eine Ist-Analyse des Quartiers mit der Beschreibung seiner Stärken und Schwächen zur Ermittlung der zentralen Probleme,

Potentiale und der Ressourcen, auf die zur Lösung aufgebaut werden kann, sowie seiner Chancen und Risiken (SWOT Analyse).

Die Zielvorstellungen für die Zukunft des Sanierungsgebietes werden in Leitziele für die Gebietsentwicklung sowie spezifische Entwicklungsziele für einzelne Handlungsfelder differenziert. Für diese sind konkrete Strategien, Maßnahmen und Projekte zu bestimmen. Es ist erklärtes Ziel, das Negativ-Image des Stadtteils zu verbessern und die Aufenthaltsqualität innerhalb des Sanierungsgebietes für die Bevölkerung zu verbessern.

4 IST-Analyse

4.1 Lage

Das ursprüngliche Sanierungsgebiet KF liegt zwischen dem nördlich gelegenen Fluss Enz und den südlich anschließenden Bohrainhöhen (begrenzt durch die Wagner-, Gustav-Rau- und Bohrainstraße). Im Osten wird das Sanierungsgebiet durch die Leopold- und Dillsteiner Straße eingefasst, im Westen endet es am Verkehrsübungsplatz. Zwei Hauptachsen durchqueren - und zerschneiden - das Sanierungsgebiet: die jeweils stark frequentierten Straßenzüge der Kaiser-Friedrich-Straße in West-Ost-Richtung und die Jahnstraße in Nord-Süd-Richtung.

4.2 Bevölkerung

Zum 31.12.2009 lebten insgesamt 2.855 Einwohner im Sanierungsgebiet. Der Anteil der unter 18 Jährigen an der Geamtbewohnerschaft in diesem Gebiet ist um 9% höher als in der Gesamtstadt. Ebenfalls um 9% erhöht ist der Anteil der Altersgruppe der 18-27-Jährigen. Die Zahl der über 65-Jährigen ist laut Statistik um 9% geringer als der städtische Durchschnitt.

Die Zahl der Ausländer und der jugendlichen Ausländer ist doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt.

Bei der Einkommenssituation der Bewohner fällt auf, dass die Zahl der Bezieher von so genannten Transferleistungen (d.h. Einkommen nach SGB III und SGB II) im Schnitt 45% ⁽⁹⁾ höher ist als im städtischen Durchschnitt; gravierend hoch ist die Zahl der Bezieher von Leistungen nach SGB II (früher: Arbeitslosenhilfe).

Bei der Betrachtung der Familienstruktur fällt auf, dass im Bereich des Sanierungsgebietes die Zahl der Haushalte mit Kindern dem Durchschnitt der Stadt Pforzheim entspricht. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Kindern ist um 40 %, der Anteil der Alleinerziehenden um rund 25% höher.

⁽⁹⁾ aktueller Stand von 2010

Auch die Zahl der Fälle von Jugendgerichtshilfe liegt im Sanierungsgebiet rund 25 % höher als in der Gesamtstadt, der Anteil der Hilfen zur Erziehung bis 21 Jahren ist um über 15% erhöht.

Auffallend hoch ist die Fluktuationsbewegung im Zeitraum 2009: die Statistik weist eine Zuzugsbewegung im gesamten Sanierungsgebiet auf: Von insgesamt 7.308 Zuzügen in der Stadt Pforzheim (mit einem Schnitt von 6,3 % des gesamten Wohnungsbestandes) entfallen auf das Sanierungsgebiet 1.492 Umzugsbewegungen, das bedeutet, 19,8% der gesamtstädtischen Wohnungswechsel finden im Sanierungsgebiet KF-Weststadt statt.

4.3 Gebäude

Der ältere Gebäudebestand datiert um die Jahrhundertwende und ins frühe 20. Jahrhundert. Der Großteil der Bauten wurde jedoch erst nach 1945 errichtet, zumeist in Gestalt von Blockrandbebauungen. Dort, wo diese unterbrochen sind, in zahlreichen Baulücken und Innenhöfen, entstanden Parkflächen oder Schuppen und Lagerräume. Die Gebäude weisen einen hohen Sanierungsstau auf (¹⁰). Der größte Teil der Wohnungen befindet sich in Privatbesitz, einige Wohngebäude sind im Eigentum der Baugenossenschaft Arlinger eG, der Baugenossenschaft Familienheim Pforzheim eG und der Stadtbau GmbH Pforzheim. Auf beiden Seiten der Kaiser-Friedrich-Straße reihen sich mehrheitlich fünfgeschossige Wohnhäuser ohne Aufzug nebeneinander. Die Wohnungen weisen kleine Grundrisse und einfache Ausstattung auf. Die Eigentümer renovieren und modernisieren ihre Häuser überwiegend sehr zögerlich.

4.4 Gewerbe

Im Sanierungsgebiet KF haben mehrere große Unternehmen ihren Produktionsstandort: die Schmuckfirma Wellendorff, die Firma G. Rau (ein mittelständisches metallverarbeitendes Unternehmen und Weltmarktführer für Nitinol), die Maschinenfabrik Max Simmel und die Brauerei Ketterer. Daneben existieren rund drei Dutzend Betriebe des Einzelhandels und der Gastronomie.

Entlang der KF ist ein Ladenleerstand ⁽¹¹⁾ zu beobachten. Der große Wochenmarkt auf dem Turnplatz (2 x wöchentlich) übernimmt als zentraler Versorger eine wichtige Funktion im Quartier und bietet ein Forum für Kommunikation und Begegnung. Weitere kleinere Einzelhandelsgeschäfte sind in der KF nur noch vereinzelt vorhanden.

Innerhalb des Sanierungsgebietes ist eine gewisse Anzahl von Vergnügungsstätten und Wohnungsprostitution zu verzeichnen, was zu einem zusätzlichen trading-down Effekt führt.

4.5 Soziale Einrichtungen und Bildungsstätten

Im Sanierungsgebiet sind angesiedelt: ein städtischer Hort (Hort an der Enz mit heilpädagogischem Schwerpunkt und 28 Plätzen), das Eltern-Kind Zentrum der Caritas in der Gustav Rau Straße für 75 Kinder, das privates Altenpflegeheim Atrium mit 125 Plätzen - einschließlich Kurzzeitpflege -, der Stützpunkt des ambulanten Hospizdienstes, das Quartierszentrum von Jugendarbeit Stadtteile, das BBQ, die Bohrain- und die Weiherbergschule sowie die Jugendverkehrsschule, die allerdings nicht innerhalb des Sanierungsgebietes liegt.

⁽¹⁰⁾vgl.:<http://www.pforzheim.de/leben-in-pforzheim/bauen-wohnen/stadterneuerung/kf-weststadt>

⁽¹¹⁾ Stand 01.November 2011 insgesamt drei Ladenleerstände

5 SWOT-Analyse

5.1 Stärken des Quartiers

- zentrale innenstadtnahe Wohnlage mit ebenen Wegen in die City
- Nähe zu den Flussufern der Enz als innerstädtischem Naherholungsgebiet
- Wohlfühlplätze wie Sedansplatz, Platz beim Eispavillon, Jörg-Ratgeb-Straße
- Tempo 30 in den Nebenstraßen
- drei potentielle große Arbeitgeber (Wellendorff, G. Rau, Simmel) sowie die Brauerei Ketterer
- Wochenmarkt auf dem Turnplatz
- Einzelhandel im östlichen Bereich des Sanierungsgebietes rund um den Sedanplatz
- gute ÖPNV-Anbindung
- kostengünstiger Wohnraum für kleinere Einkommen
- Altenpflegeheim Atrium im Quartier
- multiethnische Vielfalt als Stärke
- portugiesischer Treff in der KF
- hoher Bestand an Altbauten
- soziale Infrastruktur wie z.B. Kindergarten, Hort an der Enz, Eltern-Kind Zentrum, BBQ
- Jugendarbeit Stadtteile zur Konfliktminderung
- zusätzlicher Parkraum auf dem Messplatz

5.2 Schwächen des Quartiers

- hohe Arbeitslosigkeit
- niedriges Bildungsniveau
- hohe Fluktuation der Bewohner
- problematische Sozialstruktur
 - viele Alleinerziehende
 - hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund
- wenig Freizeitangebote und Freiflächen für die Bevölkerung

- Hinterhöfe nicht als Aufenthalts- und Spielflächen nutzbar
- hohe Verkehrsbelastung auf Jahnstraße und KF, dadurch hohe Lärmbelastung
- zu wenig Nahversorger und kein Vollversorger im Quartier
- Verschmutzung
- schlechtes Image
- verheerende Parksituation aufgrund zu geringer Zahl von Anwohnerparkplätzen
 - Verschärfung der Parksituation durch den Wegfall der Parkfläche Messplatz bei Veranstaltungen (an insgesamt rund vier Monaten)
- Verkehrsachse KF mit wenig Aufenthaltsqualität
- hoher Sanierungsstau bei Privatgebäuden
- geringe Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier
- Vermüllung und Verkotung des Enz-Vorlandes
- Wenig Einzelhandelsgeschäfte
- Wohnungsprostitution
- Vergnügungsstätten
- keine Lobby und Interessensvertretung nach außen

5.3 Chancen

- Nähe zur Innenstadt
- Wohnen und Arbeiten im Quartier
- Altenpflegeheim Atrium im Quartier
- Hinterhöfe als Orte sozialer Kommunikation, Spielhöfe usw.
- kulturelle Vielfalt
- Erschließung des Enzvorlandes als Naherholungsgebiet
- bauliche Umgestaltung der KF
- Verkehrsberuhigung und Klärung der Parksituation
- Ansiedelung von Nahversorgern und Gewerbetreibenden in den Leerständen
- Künstleratelier im alten Pumpenwerk als Imagefaktor
- Fabrikleerstände zur Ateliernutzung
- Ansiedelung einer Altenbegegnungsstätte / Nachbarschaftstreff

- Ansiedelung eines Jugendzentrums, eines Jugendbüros oder einer Jugendwerkstatt
- Vorbildrolle der Baugenossenschaften
- Quartiersmanagement / Quartiersrat

5.4 Risiken

- Abtrennung des Quartiers durch Innenstadtring
- straßenbauliche Umgestaltung der KF auf Tempo 50 ausgerichtet;
Konsequenz: sinkende Aufenthaltsqualität
- hohe Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund
- hohe Anzahl von Menschen in prekären Verhältnissen
- Negativ-Image
- niedriges Bildungsniveau
- subjektive Sicherheitslage
- dass nach Ende der Sanierungsmaßnahmen das Quartier wieder aus dem Fokus rückt
- Ende des Quartiersmanagements als integrative Klammer

6 Visionen, Gebietsziele und Qualitätsstandards

6.1 Visionen

„Lebens- und lebenswertes Quartier mit hoher Aufenthaltsqualität“

Die Entwicklung, Koordination und Realisation der einzelnen Leitziele sind sowohl im investiven wie auch im nichtinvestiven Bereich dieser Handlungsmaxime unterzuordnen, um einen möglichst hohen Zielerreichungsgrad zu garantieren.

6.2 Leitziele

Mit den Leitzielen wird die Absicht verfolgt, die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern. Soziale Unterschiede und Gegensätze innerhalb des Sanierungsgebietes werden als Merkmal und Bestandteil der Stadt verstanden. Der vorgelegte Quartiersentwicklungsplan zielt nicht darauf ab, die Heterogenität und Vielfalt aufzuheben, sondern darauf, das Quartier KF/Weststadt, in dem sozialräumlich schon ein Prozess der Segregation und Polarisierung von teilweise gravierenden Ausmaßen stattfindet, sozial und materiell zu stabilisieren. Dies kann allerdings nur im Zusammenspiel mit den notwendigen baulichen und verkehrsberuhigenden Maßnahmen erfolgen.

Auf der Programmebene werden deshalb folgende Leitziele für eine integrierte Stadtentwicklung formuliert:

1. bauliche Umgestaltung der Kaiser-Friedrich-Straße, sowie der Steubenstraße
2. Verkehrsberuhigung in der Kaiser-Friedrich-Straße auf Tempo 30
3. Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Gebietes
4. Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration
5. Stabilisierung und Ausbau der lokalen Ökonomie
6. Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger

Die fachpolitischen Ansätze in diesen Handlungsfeldern sollen so abgestimmt und eingesetzt werden, dass die Lebensbedingungen und Entwicklungschancen der Menschen in diesem Quartier gestärkt werden. Den Handlungsfeldern Bildung und Beschäftigung kommt hohe Priorität zu. Die Verbesserung des Stadtteil-Images ist integraler Bestandteil der Gebietsentwicklung. Das Quartier soll in der Wahrnehmung seiner Bewohnerinnen und Bewohner ebenso wie bei potentiellen Neumieterinnen und ansiedlungswilligen Unternehmen an Qualität und Attraktivität gewinnen, um zukünftig jede Stigmatisierung zu vermeiden.

6.3 Handlungsfelder

Die spezifischen Problemlagen in Sanierungsgebieten verlangen strategisches Vorgehen in unterschiedlichen Handlungsfeldern sowie die ressortübergreifende Integration auf der Ebene des Gebietes als auch der einzelnen Projekte bzw. Maßnahmen. Die Handlungsfelder sind das Scharnier zwischen den Entwicklungszielen für das Sanierungsgebiet und den im Anschluss aufgelisteten Maßnahmen. Die innovative Leistung eines integrierten Quartiersentwicklungsprozesses besteht darin, die Handlungsfelder, die für die Bearbeitung der spezifischen Problemlagen in diesem Gebiet erforderlich sind, zusammenzuführen und zu einer erfolgreichen Strategie zur Erreichung der Entwicklungsziele zu integrieren.

Auf der Grundlage sämtlicher verfügbaren Daten der Verwaltung und der Polizei sowie basierend auf Fachgesprächen mit der örtlichen Wirtschaft, der Sozialraumkonferenzen, den ansässigen sozialen Einrichtungen und Trägern, dem Quartiersrat, der Lenkungsgruppe der Stadt Pforzheim und einer Vielzahl von Anwohnergesprächen einschließlich vier Jugendhearings⁽¹²⁾ werden folgende Handlungsfelder benannt:

- Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung
- Bildung
- lokale Ökonomie
- Umwelt und Verkehr
- Wohnumfeld und öffentlicher Raum

- Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft
- Familienförderung
- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- Kultur im Stadtteil
- Sicherheit (subjektive und objektive), Kriminal- und Gewaltprävention (13)

Der Stellenwert der einzelnen Handlungsfelder differiert nicht nur hinsichtlich der spezifischen Problemlagen, sondern auch aufgrund prinzipieller Bedingungen: Während beispielsweise Ziele der Verbesserung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Straßenraumes im Quartier KF eine direkte Wirkung haben, können gebietsbezogene arbeitsmarktpolitische Ziele in der Regel nur eine unterstützende und ergänzende Aufgabe erfüllen.

Die Handlungsfelder Bildung, Beschäftigung, lokale Ökonomie und Integration unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen haben jedoch trotz ihrer Abhängigkeit von übergeordneten Faktoren eine Schlüsselfunktion für die Quartiersentwicklung.

Die genannten Handlungsfelder lassen klar erkennen, wie wichtig die ressortübergreifende Zusammenarbeit für eine erfolgreiche Umsetzung des Quartiersentwicklungsplanes ist:

- Der Oberbürgermeister und der Gemeinderat geben die strategische Ausrichtung vor und entscheiden über die finanzielle Ausstattung
- Das Dezernat I ist verantwortlich für die Bereiche Wirtschaftsförderung, Kultur, Integration, Beschäftigung
- Das Dezernat II ist zuständig für die Bereiche Stadtplanung, Umwelt, Wohnen, bauliche Umgestaltung

(¹²) März bis Oktober 2011 statt

(¹³) Das integrierte Entwicklungskonzept für das Gesamtgebiet unterscheidet in seinen Ausführungen nur zwischen sechs Handlungsfeldern: Identifikation, Soziales und Kultur, Wohnen/Wohnumfeld Öffentlicher Raum/Verkehr, Nahversorgung/Ökonomie

- das Dezernat III übernimmt Aufgaben in den Bereichen Bildung, Familienförderung, Beschäftigung, Qualifizierung, Ausbildung, Integration.
- das Dezernat IV koordiniert die Bereiche Verkehr, Sicherheit.

6.3.1 Lokale Ökonomie

Betrachtet man das Sanierungsgebiet Kaiser-Friedrich-Straße genauer, so fällt auf, dass es ein Ost-West Gefälle gibt. Während der Bereich Seidensplatz und das Gebiet rund um die Dillsteinerstraße mit seinem regen Einzelhandel durch die regelmäßigen Initiativen der Geschäftsinhaber ein mehrheitlich positives Image und die Aufmerksamkeit der städtischen Wirtschaftsförderung besitzt, bleibt das Quartier westlich des Turnplatzes davon gänzlich unberührt.

Die bisher ausgebliebene Kontaktabstimmung zwischen städtischer Wirtschaftsförderung und den quartiersansässigen Unternehmen, speziell der Firmengruppe G. Rau mit knapp 1.000 Beschäftigten ⁽¹⁴⁾, ist dringend nachzuholen ⁽¹⁵⁾.

Denn gerade Problem behaftete Quartiere beanspruchen eine erhöhte Aufmerksamkeit aller am Prozeß Beteiligten, auch der Wirtschaftsförderung! Leerstände und brachliegende Gewerbeflächen können die soziale Entmischung durch Abwanderung einkommensstärkerer Bevölkerungsschichten zusätzlich beschleunigen und die Stigmatisierung des Stadtteils vorantreiben.

Benachteiligte Quartiere weisen aufgrund der geringen Kaufkraft ihrer Bewohner häufig eine erodierende Geschäfts- und Gewerbestruktur auf. Sie sind durch ihre periphere Lage vom städtischen Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen und von der Kaufkraft der ansässigen Bevölkerung abhängig.

Neben mangelnder örtlicher Versorgungsmöglichkeiten (es gibt wenig Einzelhandel im Quartier und keinen Vollversorger) mit Waren und Dienstleistungen schrumpft auch das Angebot an wohnortnahen Arbeits- und

⁽¹⁴⁾ Powerpointpräsentation in der Fa. G. Rau vom 11. April 2011

⁽¹⁵⁾ Gespräch mit den Geschäftsführern Pfrommer und Nauheimer bei einem Firmenbesuch bei Fa. G. Rau vom 13. April 2011

Ausbildungsplätzen, wodurch die persönlichen Entwicklungschancen der Menschen zusätzlich eingeschränkt werden.

6.3.1.1 Ziele

Das Quartiersentwicklungskonzept versteht sich als räumlich bezogenes Entwicklungskonzept und ist somit eine quartiersbezogene Ausdifferenzierung des integrierten Entwicklungskonzeptes das für das Gesamtgebiet existiert.

Ein wesentliches Ziel der integrierten Quartiersentwicklung im Sanierungsgebiet muss sein, die lokale Ökonomie zu stärken und so die Vielfalt und Qualität der Nahversorgungs- und Dienstleistungsstruktur als wichtigen Aspekt der Lebensqualität zu sichern. Ferner gilt es wohnortnahe Arbeitsplätze, Qualifikations- und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen.

Eine Orientierung der städtischen Wirtschaftsförderung WSP auf die lokale Ökonomie im Stadtteil ist unter dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise eine der wesentlichen Grundlagen der lokalen, sanierungsgebietsbezogenen Wirtschaftsentwicklung.

Hieraus leiten sich vier Grundziele ab:

1. Erhöhung der unternehmensbezogenen Entwicklungsmöglichkeiten durch aufsuchende Wirtschaftsförderung von Klein- und Kleinstbetrieben unter besonderer Förderung vorhandener ethnischer Ökonomie
2. Schaffung einer zeitgemäßen Mischung aus Wohnen und Arbeiten auf einer stabilen ökonomischen Basis
3. Erstellung eines Leerstandskatasters für ansiedlungswilliges, produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen
4. nachhaltige Entwicklung eines Quartierszentrums, welches das urbane Leben mit seiner Vielfalt stärkt.

6.3.1.2 Maßnahmen

- Standortsicherung und konzeptionelle Weiterentwicklung des Imagefaktors und Nahversorgers Wochenmarkt
- Wirtschaftsförderungskonzept in Zusammenarbeit mit schon vorhandenen Unternehmen

- Bestandspflege bei Groß-, Klein- und Kleinstunternehmen sowie dem Einzelhandel durch die WSP
- Leerstandsmanagement und –kataster zur schnelleren Bearbeitung von Anfragen ansiedlungswilliger Unternehmen
- Ansiedlung eines kleineren oder mittleren Vollversorgers
- keine weiteren Vergnügungsstätten im Sanierungsgebiet; notfalls Änderung des Bebauungsplanes
- Weiterförderung und –führung des Sanierungsgebietes im investiven Bereich und im Bereich „Soziale Stadt“ sowie dem Quartiersmanagement.

6.3.2 Umwelt und Verkehr

Das Sanierungsgebiet Kaiser-Friedrich-Straße/Weststadt ist durch den Verkehr einer hohen Belastung ausgesetzt. Der geplante Innenstadtring wird das Sanierungsgebiet in seiner Ost-West Achse zertrennen, die Kaiser-Friedrich-Straße in seiner Nord-Süd Ausrichtung. Dies schränkt die Verkehrssicherheit im Gebiet und die Nutzbarkeit der öffentlichen Räume ein. Breite Straßen weisen wenige Querungsmöglichkeiten auf und durchschneiden als Barriere das Quartier.

Stark befahrene Straßen beeinträchtigen die Wohnqualität, insbesondere die direkt anliegenden Wohngebäude. Hierdurch kommt es zu einer quartiersinternen Konzentration sozial benachteiligter Gruppen in diese wenig attraktiven Wohnungen. Diese findet man im Sanierungsgebiet häufig in den unteren Geschoßlagen.

Das Sanierungsgebiet ist aufgrund seiner Lage im Stadtgebiet tendenziell höheren Umweltbelastungen ausgesetzt als andere Stadtteile. Dazu gehört in erster Linie die Belastungen aus Umgebungslärm und Luftverschmutzung.

Zudem werden Wohnumfeld und öffentliche Räume durch lokale Umweltverschmutzung im direkten Wohnumfeld und Probleme der Bewohner mit

den Mülltrennungs- und Müllsammelsystemen (¹⁶), sowie deren zeitlichen Vorgaben, belastet.

Der achtlose Umgang der Bewohner mit Abfall im Sanierungsgebiet ist darüber hinaus Ausdruck mangelnder Identifikation und Verantwortlichkeit für die direkte Umwelt.

Gleichzeitig trägt diese Vermüllung zu einem negativen Image des Quartiers bei.

Sie ist damit Ausdruck einer geminderten Wertschätzung des Quartiers und verstärkt diese gleichzeitig.

Sozial benachteiligte Menschen verfügen zumeist über weniger Möglichkeiten der individuellen Mobilität. Deshalb ist ein gut ausgebauter ÖPNV eine zentrale Voraussetzung, um am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilhaben zu können.

Im teilweise dicht bebauten Sanierungsgebiet mit seinen vielen Hinterhofdurchfahrten, Garagen sowie dem Wochenmarkt, aber auch den ansässigen Firmen, kommt es durch hohen Parkdruck seitens der Anwohner, der Beschäftigten und der Wochenmarktbesucher, besonders in Zeiten, wo der Messplatz als innerstädtischer Veranstaltungsort als Ausweichparkraum gesperrt ist, zu regelmäßigem „wildem Parken“ und dadurch zu einer weiteren Belastung der öffentlichen Räume.

6.3.2.1 Ziele

Übergeordnetes Ziel für das Sanierungsgebiet muss sein, Umweltbelastungen durch ruhenden und fließenden Verkehr zu mindern und gleichzeitig die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu steigern.

Hieraus leiten sich sechs Grundziele ab:

1. Verminderung der Umweltverschmutzung
2. Verbesserung der Umweltqualität
3. Qualifizierung von Freiräumen

(¹⁶) vgl. hierzu die Studie „Clean Up“ der Studenten der Fachhochschule, Studiengang BW/Werbung, 6. Semester bei Professor Dr. Dieter Pflaum, SS 2011. In dieser Studie wird unter anderem auf die Problematik der fehlenden Beschriftung von Müllcontainern und Sammelsäcken in unterschiedlichen Sprachen hingewiesen

4. Qualitätssteigerung der gebietsbezogenen, verkehrlichen Infrastruktur
5. Energetische Modernisierung der Gebäudesubstanz
6. Erhöhung der Verkehrssicherheit
7. Ordnung des ruhenden Verkehrs

6.3.2.2 Maßnahmen

- Tempo 30 auf der Kaiser-Friedrich-Straße
- Lkw-Nachtfahrverbot zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr
- Lärmoptimierter Asphalt für die KF
- verkehrsberuhigtes Quartier entlang der Seitenstraßen und sowohl bauliche wie räumliche Umgestaltung der Steubenstraße (Fortführung der Umgestaltung wie in der Jörg-Ratgeb-Straße)
- Schallschutzfensterprogramm für die KF (trotz lärmoptimiertem Asphalt)
- Steigerung der Aufenthaltsqualität durch
 - Sicherheit im Straßenraum, gerade in den Abendstunden
 - genügend Parkplätze, sowie ein Höchstmaß an Anwohnerparkplätzen
 - genügend Ruhebänke entlang des Flußufers
- Infrastruktur
 - optimale Anbindung an den ÖPNV (Busse), sowie Attraktivierung der Wartebereiche
 - Vorrang des ÖPNV durch Haltebereiche auf der Fahrbahn
- Keine doppelte Zweiteilung des Quartiers
 - Intelligente Querungshilfen in ausreichendem Abstand
 - Rückbau optischer Zertrenner
 - Grünachsen entlang des Straßenraumes

6.3.3 Wohnumfeld und öffentlicher Raum

In benachteiligten Stadtteilen ist die Bevölkerung aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität besonders auf das Quartier mit seinen Einrichtungen und Angeboten angewiesen. Der öffentliche Raum hat im Alltagsleben der Bewohnerinnen und Bewohner gerade hier eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Austausch und die Identifikation mit dem Quartier. Die

Anforderungen an den wohnnahen Freiraum variieren jedoch nach Lebensalter, Geschlecht, familiärer und sozialer Lage sowie kulturellen Werthaltungen. Nicht selten kann der öffentliche Raum im Stadtteil auch zum Austragungsort von Abgrenzungsbestrebungen, Konflikten und Verdrängung werden. Häufig sind der öffentliche Raum und das Wohnumfeld eher ungepflegt und durch einen achtlosen Umgang gekennzeichnet. Ihre Gestaltung und Nutzungsmöglichkeiten entsprechen oft nicht den lokalen Bedarfen. Sie machen einen vernachlässigten und verwahrlosten Eindruck, sind sehr oft trist und alles andere als anregend. In manchen Fällen wird dieses Bild noch durch die Folgen von Vandalismus verstärkt. Die Unwirtlichkeit und Verlassenheit bewirken zudem, dass freie Flächen zu „Angsträumen“ werden und subjektive Unsicherheitsgefühle bei den Bewohnerinnen und Bewohnern verstärken. Dieser Gesamtzustand ist nicht zuletzt Ausdruck und Folge der individuellen Situation und Perspektivlosigkeit der Menschen sowie ihrer geringen Identifikation mit dem eigenen Quartier.

6.3.3.1 Ziele

Verkehrsflächen, Quartiers-, Spiel- und Sportplätze, die Flussufer, größere und kleinere Parks sowie Kleingärten bilden den öffentlichen Raum. Das Wohnumfeld umfasst öffentliche, halböffentliche und private Außenräume, somit den Lebens- und Aktionsraum der Bewohner im Alltag. Wohnumfeld und öffentlicher Raum prägen die Gestalt und Wahrnehmung von Quartieren und tragen maßgeblich zur Lebensqualität bei. Zentrales Ziel muss es daher sein, die Gestalt, den Zustand und die Nutzungsqualität des Wohnumfeldes und der öffentlichen Räume in den Fördergebieten aufzuwerten, so dass sie den besonderen Freizeit-, Kommunikations- und sozialen Integrationsbedürfnissen der verschiedenen Bewohnergruppen Rechnung tragen. Parallel müssen die Aufenthaltsqualität und Sicherheit im öffentlichen Raum nachhaltig verbessert werden. Ein weiteres wichtiges Ziel muss sein, die Pflege aller Flächen der besonderen Situation anzupassen und die Bewohner über geeignete Beteiligungsformen für ihre Mitgestaltung zu gewinnen. Weiterhin lassen sich als konkrete Ziele formulieren:

- Stärkung der baulich-räumlichen, funktionalen, sozialen und symbolischen Werte des öffentlichen Raums und des Wohnumfeldes

- Belebung und Qualifizierung öffentlicher Plätze
- Schaffung lokaler Verantwortlichkeiten für eine dauerhaft ansprechende Nutzung der Freiräume
- Vernetzung unterschiedlicher Freiräume für unterschiedliche Nutzeransprüche

6.3.3.2 Maßnahmen

- Freiraumgestaltung mit Bürgerbeteiligung
 - Plätze, Freiflächen, Hinterhöfe, Brachen, Grünflächen könnten im Rahmen eines gezielten Beteiligungs- und Aktivierungsprozesses und –projektes gemeinsam mit den Bewohnern gestaltet werden (vgl. die derzeitigen Bemühungen der Bewohner KF 84-88)
 - Anlegen von Mietergärten in Kooperation mit den Wohnungsunternehmen (vgl. die Obst- und Beerengärten im Sanierungsgebiet Oststadt)
- Erweiterung und Qualitätsverbesserung von Freiraumflächen
 - durch Neuordnung oder Umstrukturierung von Erschließungsflächen oder die Umorganisation von Abfall- oder Müllplätzen kann die Qualität der Freiräume oder Hinterhöfe verbessert werden (vgl. hierzu das beispielhafte Engagement einer Anwohnerin für die Installation und bei der Pflege von Blumenkästen im öffentlichen Raum und der Errichtung von Sitzbänken im Bereich Steubenstraße)
 - abgestimmte Beleuchtungskonzepte setzen nicht nur Lichtakzente und tragen so zu einer anderen Wahrnehmung des Sanierungsgebietes bei, sondern erhöhen gleichzeitig das subjektive Sicherheitsgefühl
- Belebung und Wiederaneignung öffentlicher Räume
 - Kunst im öffentlichen Raum (siehe Kultur)
 - Installation bzw. regelmäßige Durchführung von Stadtteilfeesten, wie z.B. das Südweststadtfest mit allen im Sanierungsgebiet ansässigen Kulturträgern, sozialen Einrichtungen, Schulen und Firmen; dadurch wird die Aufmerksamkeit und

- Wahrnehmung der Gesamtbevölkerung positiv auf das Problemgebiet gelenkt
- Beibehaltung des Wochenmarktes am bisherigen Standort. Eine Umsiedelung des zweimal wöchentlich stattfindenden Wochenmarktes auf den Marktplatz vor dem Rathaus hätte negativen Einfluß auf die positive Wahrnehmung der Bevölkerung bezüglich desselben und wäre eine erhebliche Einschränkung der zentralen Nahversorgung
 - angestrebtes und durch Anwohner gewünschtes Taubenhäuser dürfen nicht an den Vorgaben der Verwaltung scheitern
 - Umfassende Verbesserung des Wohnumfeldes und der Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume
 - durch Gewinnung der im Sanierungsgebiet tätigen Wohnungsbauunternehmen für ein Housing Improvement District (HID)⁽¹⁷⁾ lassen sich die Aufwertung des Wohnumfeldes mit gezielten Verbesserungen der verkehrlichen Infrastruktur, der Sicherheit, Sauberkeit, Betreuung und des Services im wohnnahen Bereich verbinden. Auf diese Weise kann eine Art „Facility Management“⁽¹⁸⁾ für das Quartier Kaiser-

⁽¹⁷⁾ Der Begriff des Housing Improvement Districts (HID) leitet sich aus dem Business Improvement Districts (BID) ab und ist an diesen Begriff angelehnt. Analog der Vorgehensweise bei einem BID sollen HIDs in einem (Wohn-)Bereich wirken, der von kommunalen Planungen und Wünschen nicht erreicht wird, indem konkrete Investitionen ausgelöst werden. Zielgruppe sind dabei vor allem Wohnimmobilienbesitzer, die die Sanierung oder den Stadttumbau auf ihrer Agenda haben. Die Vorgehens- und Organisationsweise ist dabei nahezu deckungsgleich mit der eines BID. Der Vorteil für die Beteiligten besteht darin, dass anstelle des üblichen und meist unkoordinierten, einzelnen und unbemerkten Handelns von Einzelakteuren ein gemeinsames, deutlich wahrnehmbares und größeres Projekt möglich wird. Vor allem aber kann ein solches Projekt durch seine Größenordnung in der Öffentlichkeit als deutlicher Impuls wahrgenommen werden, die als glaubhafte Zäsur bei der imagebezogenen Bewertung eines Quartiers taugt. Damit wird durch eine öffentlich wahrgenommene Imagesteigerung eine bessere Vermietbarkeit der Immobilien erreicht.

⁽¹⁸⁾ Das Facility Management (FM) definiert in DIN EN15221-1[1] umfasst die professionelle Abwicklung von Sekundärprozessen verteilt in 'Space & Infrastructure' und 'People & Organisation'. Dazu gehören technische, infrastrukturelle und kaufmännische Aufgaben, die nicht in das Kerngeschäft einer Organisation fallen, sondern dieses unterstützen (siehe auch Gebäudemanagement im Corporate Real Estate Management).

Durch die zunehmende Auslagerung verschiedener Aufgaben eines Unternehmens, wächst der Markt für Dienstleistungen in diesem Bereich. Das Gebäudemanagement ist ein Teil des Facility Managements und umfasst neben der Hausverwaltung auch die bauliche Betreuung von Gebäuden.

Friedrich-Straße entstehen, das dauerhaft das Erscheinungsbild und die Nutzungsmöglichkeiten von Plätzen, Zufahrten, Wegen und Freiflächen und dem Wohnumfeld verbessert

- Erhebung und Behebung des Wohn- und Gewerbeleerstandes
- Erschließung neuer Zielgruppen, wie z.B. Studenten (Aushang an der FH) oder Künstler (Schneeballsystem)
- Wohlfühlbroschüre für Neuankömmlinge oder als Werbemaßnahme für Interessenten des Wohnungsleerstandes

6.3.4 Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft

In vielen benachteiligten Stadtteilen entsprechen die Wohnungen sowohl in der Ausstattung, der Energieeffizienz als auch im Zuschnitt weder den üblichen Standards noch den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner. Diese Bestände sind häufig in städtebaulicher und in struktureller (z.B. inadäquate Wohnungsgrößen) Hinsicht mit Problemen behaftet. Aufgrund ihrer geringen Attraktivität / Ausstattung sind die Mieten entsprechend niedrig, so dass dort überwiegend einkommensschwache Menschen wohnen und hinzuziehen, die auf den relativ günstigen Wohnraum angewiesen sind. Unter diesen sozial schwachen, häufig bildungsfernen Bewohnern sind wiederum überproportional viele problembeladene Haushalte, was ohne stadtentwicklungspolitische Intervention die Entstehung bzw. Verstärkung von sozialen Brennpunkten begünstigt.

Eine Ballung sozialer Probleme im geförderten Mietwohnungsbau mit Mietpreis- und Belegungsbindungen ist jedoch vor dem Hintergrund der bestehenden und sukzessiven ausgeweiteten Flexibilisierungsinstrumente nicht notwendigerweise anzunehmen. Ein wachsendes Problem auf dem Wohnungsmarkt ist, dass Markteffekte zur sozialen Entmischung beitragen. Dies betrifft vor allem die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Mieten in vielen zentrumsnahen, aber mit besserem Image behafteten Wohnquartieren. Die Tallagen Pforzheims profitierten (mit Ausnahme von Teilen der Nordstadt, die studentisches Wohnen als Marke entwickelten) hiervon nicht. Noch immer hat Pforzheim die Qualität von „Wohnen am

Wasser“ nicht für sich entdeckt, bzw. hat es die Wirtschaftsförderung versäumt, hierfür eine eigene Marke zu entwickeln.

Bei den preisgebundenen bzw. preiswerten Mietwohnungen ist teilweise eine problematische Verengung des Marktes zu beobachten. Anhand zahlreicher Indikatoren ist festzustellen, dass die Versorgungslage bei preisgünstigen Mietwohnungen – insbesondere in bestimmten Teilsegmenten (gerade bei kleinen oder sehr großen Wohnungen) – angespannt ist.

Für die Entwicklung des Sozialwohnungsbestands ist insbesondere der kontinuierliche Trend beim Auslaufen der Bindungen kennzeichnend.

Dadurch verschärft sich die Konkurrenzsituation gerade in preisgünstigen Segmenten des Wohnungsmarktes deutlich, was auch ein verstärktes Ausweichen auf die Teilmärkte benachteiligter Stadtteile nach sich zieht. Insgesamt zeigt sich in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen immer wieder das Problembild potentiell überforderter Nachbarschaften in einzelnen Hausgemeinschaften, in Straßenzügen und Quartieren, wo die Erosion nachbarschaftlicher Beziehungen, mangelnde soziale Kontrolle, mangelnde Kaufkraft, mithin die Kumulation sozialer Problemlagen zu einer negativen Wahrnehmung der Nachbarschaft beziehungsweise des Quartiers führt und eine selektive Mobilität bewirkt, durch die insbesondere die vergleichsweise einkommensstärkeren Haushalte diese Quartiere verlassen, was die Problemsituation weiter verschärft.

6.3.4.1 Ziele

Dem Handlungsfeld Wohnen kommt in benachteiligten Stadtteilen eine wichtige Aufgabe bei der Eindämmung sozialräumlicher Segregation und Polarisierung zu.

Im Einzelnen lassen sich folgende Ziele formulieren:

- die Schaffung tragfähiger Sozialstrukturen durch eine stärkere Mischung von Haushaltstypen, Wohnformen sowie Miet- und Eigentumsverhältnissen
- die Ansiedlung neuer Bewohnergruppen zur Steigerung der sozialen Durchmischung in attraktiven bestandsergänzenden Neubauten oder sanierten Altbauten

- die Modernisierung unattraktiver Wohnungsbestände, um die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu steigern und die lokalen Wohnungsmärkte attraktiver zu machen
- Schaffung barrierefreier und behindertengerechter Wohnungen
- die Einbeziehung der lokalen Bewohnerschaft und anderer lokaler Akteure in die Planung und Umsetzung von baulichen Maßnahmen an und um den Gebäuden
- die Verbesserung der städtebaulichen Situation durch die Aktivierung von Brachflächen oder Baulücken für Wohnungsbau, oder auch zur Ergänzung
- von Flächen für Versorgungsangebote und Betriebsstätten (Parkflächen G.Rau; Gebäude Pnehage usw.)
- Nutzung und Aufwertung vorhandener Gestaltqualitäten insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden oder Ensembles
- eine stärkere Integration der Wohnungswirtschaft in die Gebietsentwicklung, speziell in die Koordination von Sanierungs- und Aufwertungsmaßnahmen, vor allem durch Bildung von Netzwerken, Kooperationen und Projekten mit den wohnungswirtschaftlichen Akteuren vor Ort.

6.3.4.2 Maßnahmen

Im Einzelnen lassen sich folgende Ziele formulieren:

- die Schaffung tragfähiger Sozialstrukturen durch eine stärkere Mischung von Haushaltstypen, Wohnformen sowie Miet- und Eigentumsverhältnissen sowie der Schaffung zeitgemäßer Wohngrundrißformen. Die Zielgruppe „Studenten“ wurde bisher z.B. viel zu wenig bzw. gar nicht beworben. Erfahrungsgemäß ziehen gerade Studenten gerne in sanierte Altbauten zu günstigen Preisen (Aussage mehrerer Studenten der FH beim Abschlussgespräch der Präsentation „Clean Up“)
- die Ansiedlung neuer Bewohnergruppen zur Steigerung der sozialen Durchmischung in attraktiven, bestandsergänzenden Neubauten. Hier steckt ein hohes Potential für die Wohnungswirtschaft in der Entwicklung der Premiummarke „Wohnen am Wasser“

- die Modernisierung unattraktiver Wohnungsbestände, um die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu steigern und die lokalen Wohnungsmärkte attraktiver zu gestalten. Gerade in den Altbauten entlang der Kaiser-Friedrich-Straße sind die Sanierungsrückstände noch erheblich. Wohnungsgrößen, Technik und Ausstattung entsprechen nicht mehr den heutigen Erfordernissen
- die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum gerade für ältere Bewohner des Quartiers
- die Einbeziehung der lokalen Bewohnerschaft und anderer lokaler Akteure in die Planung und Umsetzung von baulichen Maßnahmen
- die Verbesserung der städtebaulichen Situation durch die Aktivierung von Brachflächen oder Baulücken für Wohnungsbau oder auch zur Ergänzung von Flächen für Versorgungsangebote und Betriebsstätten
- Nutzung und Aufwertung vorhandener Gestaltqualitäten, insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden oder Ensembles sowie entlang des Flussufers
- eine stärkere Integration der Wohnungswirtschaft in die Gebietsentwicklung, speziell in die Koordination von Sanierungs- und Aufwertungsmaßnahmen, vor allem durch Bildung von Netzwerken, Kooperationen und Projekten mit den wohnungswirtschaftlichen Akteuren oder dem Quartiersmanagement vor Ort.

6.3.5 Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung

Die Bevölkerung in Pforzheim ist überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Langzeitarbeitslosigkeit und fehlende betriebliche Qualifikationen mindern nicht nur die Chancen, am wirtschaftlichen Wohlstand der Gesellschaft teilzunehmen. Die lokale Konzentration von Beschäftigungslosigkeit hat auch weitreichende Folgen für die Menschen und die Stadtteile, in denen sie leben. So geht die fehlende Perspektive, am Erwerbsleben teilzunehmen, nicht selten mit gesundheitlichen Problemen und bildungsfernen Lebensstilen einher. Arbeitsmarktferne Verhaltens- und Qualifikationsmuster werden häufig im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis adaptiert. Gerade Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen fehlen vorbildhafte Erwerbsbiographien. Eine hohe räumli-

che Konzentration von Langzeitarbeitslosigkeit, dauerhaftem Transferleistungsbezug sowie ausschließlicher Abhängigkeit von staatlichen Betreuungsangeboten prägt auf diese Weise ein sich selbst verstärkendes Milieu der Passivität und geringer gesellschaftlicher Teilhabe.

Erwerbsarbeit spielt jedoch eine entscheidende Rolle für die Einbindung in gesellschaftliche Strukturen und für die eigene Wertschätzung. Ganz besonders Jugendliche verlieren ihre Lebensperspektiven, wenn es nicht gelingt, den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf wirkungsvoll zu organisieren. Die problematische Ausbildungs- und Beschäftigungssituation in benachteiligten Stadtquartieren wirkt sich auf das Zusammenleben vor Ort, nachbarschaftliche Strukturen und die Bereitschaft zum Engagement für das eigene Lebensumfeld negativ aus. Zudem werden benachteiligte Quartiere und seine Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Arbeitsmarkt stigmatisiert, was den Zugang zur Beschäftigung und Ausbildung zusätzlich erschwert. Dies wurde schon einmal in den Teilbereichen „Unteres Enzthal/Eutinger Talweg“ sowie „Oststadt“ deutlich.

6.3.5.1 Ziele

Ziel des Quartiersentwicklungsplanes ist es, mittels gebietsbezogener Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik, die soziale Situation der Menschen in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern, ihre Chancen auf soziale Teilhabe zu erhöhen und so einer sozialen und räumlichen Polarisierung entgegenzuwirken. Dabei sollen die Ziele der Arbeitsmarktpolitik, Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und sie bei der Integration in das Erwerbsleben zu fördern, auch die besonderen Bedürfnisse benachteiligter Quartiere beachten. Es geht darum:

- die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik so auszurichten, dass sie auch gerade die Menschen aus benachteiligten Quartieren erreichen
- die Gründe für insbesondere langfristige Erwerbslosigkeit ganzheitlich in den Blick zu nehmen und Arbeitslose nicht allein berufsbezogen zu qualifizieren, sondern darüber hinaus passgenaue Angebote bereitzustellen, die soziale, gesundheitliche oder finanzielle Problemsituationen der Menschen lösen helfen

- durch Beschäftigungsmaßnahmen zur sozialen Stabilisierung integrationsferner Arbeitsloser nicht nur deren Erwerbschancen zu steigern, sondern zugleich positive Wirkungen für benachteiligte Gebiete durch Verbesserungen der lokalen Infrastruktur und die Schaffung von Produkten und Dienstleistungen für besonders benachteiligte Bewohner zu erzeugen. Hierbei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe und der lokalen Industrie notwendig. Bedarfe an Qualifizierung sind nur im engen Zusammenspiel zwischen Ökonomie und Beschäftigungsträger bzw. Ausbildungsstätten erruierbar. Ausbildung am Bedarf der lokalen Ökonomie vorbei – wie sie in Teilen bei Qualifizierungsmaßnahmen vorkommt – ist zu vermeiden
- die Entwicklungsperspektiven insbesondere Jugendlicher zu verbessern
- die Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen ganzheitlich zu steigern und somit ihre soziale Lage nachhaltig zu verbessern.

6.3.5.2 Maßnahmen

- **Job Perspektive**

Die Bundesagentur für Arbeit finanziert erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit besonders schweren Vermittlungshemmnissen, die in absehbarer Zeit keine Chancen haben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden, einen Zuschuss von bis zu 75 Prozent ihres Arbeitsentgeltes.

Die Stadt Pforzheim hätte z.B. die Möglichkeit Kofinanzierungsmittel für Lohnkosten solcher Beschäftigungsverhältnisse für Menschen aus dem Sanierungsgebiet KF/Weststadt bereitzustellen, um gezielt finanzielle Anreize für Unternehmen zu schaffen. Hätten diese Beschäftigungsverhältnisse zusätzlich das Ziel, die Lebensqualität im Quartier durch soziale, gesundheitliche, städtebauliche, wohnumfeldbezogene, kulturelle, sportliche, familiäre, bildungspolitische, ökonomische oder infrastrukturelle Angebote zu verbessern, könnte man den Zuschuß seitens der Kommune erhöhen. Darüber hinaus könnte die Stadt Pforzheim Beschäftigungsträgern eine Fall-

kostenpauschale für die Umsetzung stadtteilbezogener Projekte gewähren (Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II).

Die Stadt Pforzheim könnte zusätzlich im Bereich öffentlicher Vergaben Leistungsbeschreibungen entwickeln, mit denen sie die lokale Wirtschaft Pforzheims aktiv unterstützt: So sollten Kriterien wie „Stadtteilbezug“, „Ausbildung benachteiligter Jugendliche“, „Einstellung von Langzeitarbeitslosen“ und Sozialräumlichkeit (z.B. Pforzheim und Enzkreis) verstärkt in die Bewertung bei Vergaben einfließen. Damit ließen sich gezielt solche Beschäftigungsträger, Eigenbetriebe oder die lokale Wirtschaft fördern, die neben ihrem Primärziel der Steigerung der Beschäftigungschancen der Maßnahmeteilnehmer zugleich positive Wirkungen für das benachteiligte Quartier erzeugen.

Als Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Pforzheim könnte man ein Bündel von Maßnahmen, bestehend aus öffentlich finanzierten Ausbildungsprojekten, Zuschüssen für zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für Benachteiligte, oder sozialpädagogisch begleitete betriebliche Ausbildungen auflegen.

Mit einem „Sofortprogramm Ausbildung“ könnten Jugendliche bis 25 Jahren mit oder ohne Hauptschulabschluss in betriebliche Ausbildung gebracht werden oder einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss erreichen.

- **Flankierende Leistungen**

In Pforzheim gibt es ein regelmäßiges Angebot an Beratungseinrichtungen und flankierenden Leistungen nach § 16 a SGB II (insbesondere Betreuung minderjähriger Kinder, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung, Suchtberatung). Bei der Prüfung und Sicherstellung der Bedarfe im Rahmen der Quartiersentwicklung ist eine entsprechende Einbindung und Vernetzung der bestehenden Angebote sinnvoll sowie die Entwicklung eines Angebotes für die Verschuldungsprävention. Eine Aufhebung der strikten „Kommstruktur“ hin zu einer niederschweligen Beratung vor Ort (z.B. in den Räumlichkeiten des Lukaszentrums oder des Quartiersmana-

gements) ist dringend zu überlegen um die Erreichbarkeit möglichst aller zu gewährleisten.

Ebenfalls dringend notwendig ist der Ausbau von muttersprachlicher Beratung. Der Zugang zu den Sprachkursen sollte erleichtert und begleitet werden.

6.3.6 Bildung

In benachteiligten Stadtteilen macht sich der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsstatus bzw. –erfolg in vielfältiger Weise negativ bemerkbar.

Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, Schulabbrecher-, Abschluss- und Übergangsquoten verweisen auf eine disparate Bildungsbeteiligung und lassen besonders schwierige Bildungsbiographien in städtischen Problemlagen erkennen.

Häufig fehlen in diesen Gebieten die ausreichenden Voraussetzungen, um Bildung als einen umfassenden und erfolgreichen Prozess der lebenslangen Persönlichkeitsentwicklung zu ermöglichen. Außerdem mangelt es an Möglichkeiten für informelles Lernen und an lernanregenden Orten der Kommunikation im Stadtteil. So gibt es im Sanierungsgebiet weder einen Jugend-, Erwachsenen-, Quartiers- oder Seniorentreff als lernanregende Treffpunkte.

Die Bildungschancen können durch Schaffung unterschiedlicher attraktiver Bildungsorte und –gelegenheiten, die von unterschiedlichen Einrichtungen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten angeboten werden, erhöht werden. Fehlende Voraussetzungen für Bildung können Abwanderungen der Familien aus ihrem Wohnquartier bewirken und tendenzielles Segregationsverhalten von Familien verstärken.

Schulische und außerschulische Bildungsmöglichkeiten können bildungsorientierte Eltern dazu bewegen, sich stärker mit dem Sanierungsgebiet zu identifizieren oder aus ihm abzuwandern. Sollten aber die bildungsorientierten Schichten abwandern, fehlen dem Quartier die potentiellen Vorbilder für die Orientierung suchenden Kinder und Jugendlichen.

6.3.6.1 Ziele

Das zentrale Ziel zur Verbesserung der Lage Einzelner oder ganzer Familien ist mittelfristig die Anhebung der Bildungschancen und des Bildungsniveaus.

Im Vordergrund stehen:

- die möglichst frühe Förderung der Bildungspotentiale des Einzelnen
- eine steigende Übergangsquote zu weiterführenden Schulen
- die Förderung des selbstgesteuerten und eigenverantwortlichen Lernens und die Stärkung der Eigenverantwortung für die Entwicklung der individuellen Bildungsbiografie
- die Steigerung des Anteils von Absolventinnen und Absolventen mit höheren Bildungsabschlüssen
- die Verbesserung des Übergangs von Schule in den Beruf
- die Schaffung und den Erhalt von außerschulischen Bildungseinrichtungen, -angeboten und –gelegenheiten sowie den hierzu notwendigen Treffpunkten
- die Ausweitung und Verbesserung der multifunktionalen Nutzung vorhandener Bildungsorte und Stärkung der Bildungspartner im Stadtteil

6.3.6.2 Maßnahmen

Folgende Aufgaben lassen sich formulieren:

- Stärkung der baulich-räumlichen Gestalt und der sozialen Funktion der Bildungsorte und -einrichtungen im Stadtteil,
- Ausweitung und Verbesserung der multifunktionalen Nutzung vorhandener Bildungsorte und -einrichtungen sowie Stärkung der Bildungspartner im Stadtteil
- Ressortübergreifendes Handeln und Regionalisierung der strategischen Ansätze:
 - Aufbau eines kohärenten Bildungsmanagements, das alle Bereiche des lebensbegleitenden Lernens von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung einschließt und alle beteiligten Behörden bei der Steuerung, Entwicklung und Implementierung einbe-

zieht. Dies erfordert ein abgestimmtes Handeln und Koordination aller Fachbehörden

- Im Bereich des Übergangs von der Schule in den Beruf werden allgemeinbildende und berufliche Schulen, die Agentur für Arbeit, Unternehmen, Kammern, außerschulische Bildungsträger, Jugendhilfeeinrichtungen und weitere Akteure ihre Beratungs- und Unterstützungsleistungen in eine abgestimmte Gesamtstrategie einbringen.
- Strukturen der Erziehung, Bildung und Weiterbildung werden im Sinne einer Gesamtstrategie geordnet, die unterschiedlichen Zuständigkeiten für Bildung und lebensbegleitendes Lernen unter den Bedingungen konzeptionell erfasst und sowohl regional als auch zentral verknüpft
- Bereitstellung von abgestimmten Bildungsangeboten unterschiedlicher Institutionen, bezogen auf den individuellen Beratungs- und Unterstützungsbedarf der Lernenden
- Aktivierung und Stärkung der individuellen Beteiligung an Bildungsprozessen und Stärkung der Eigenverantwortung für die Entwicklung der individuellen Bildungsbiografie
- Schaffung verwaltungsinterner Verantwortlichkeiten für das Management der Bildungsangebote, der Kooperation der Bildungseinrichtungen und der Optimierung der Lerngelegenheiten im Stadtteil.

Konkret auf das Sanierungsgebiet bezogen ergibt sich hieraus:

- Schaffung eines generationenübergreifenden Quartierstreffpunktes
 - Bildungsangebote für Senioren
 - Treffpunkt und Veranstaltungsort
 - Quartierscafé
- Schaffung eines Jugendhauses oder eines Jugendbüros im Quartier

- Einrichtung einer Jugendwerkstatt
- niederschwellige Elternbildungsangebote
- engere Einbindung von Ehrenamtlichen aus dem Quartier (Opstap-je, Quartiersrat, Mentoren, Stadtteilbotschafter u.v.m.)
- räumliche Erweiterung des Hortes an der Enz
- Anhebung des Bildungsniveaus durch das Zusammenspiel aller im Stadtteil tätigen sozialen Einrichtungen und Institutionen
- Bildungspatenschaften der im Sanierungsgebiet verorteten Gewerbetreibenden
- Auslobung eines Stipendiums als Bildungsanreiz für Jugendliche
- Beratungsangebote (Übergang Schule/Beruf) im Quartier
- individuelle Lernhilfen für Kinder und Jugendliche
- Weiterführung und finanzielle Unterstützung der Lernhilfe im Beratungszentrum KF der SJR Betriebs GmbH
- Schulsozialarbeit als aufsuchende Arbeit
- muttersprachliche Ansprechpartner für Eltern mit Migrationshintergrund
 - Erklärung des Systems Schule, das sich häufig vom Schulsystem im ursprünglichen Herkunftsland unterscheidet
 - Aufklärung über Fördermöglichkeiten für Kinder und Jugendliche (Bildungspaket) und Unterstützung beim Ausfüllen der Anträge
 - Informationen über Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen
 - Deutschkurse für Eltern mit Migrationshintergrund – und hier speziell für Frauen
- Praktikums-Angebote in Firmen für Jugendliche aus dem Quartier
- Senkung der Arbeitslosigkeit durch
 - Beschäftigungsförderung
 - Qualifizierungsmaßnahmen
 - Betreuung der Arbeitslosen

6.3.7 Familienförderung

Für die Persönlichkeitsentwicklung und die Interaktion mit der Gesellschaft nimmt das Lebensumfeld, die Wohnung und der Wohnort eine zentrale Rolle ein. Wenn der Erfahrungs- und Bewegungsspielraum fast ausschließlich auf das benachteiligte Stadtquartier beschränkt ist, gewinnt die infrastrukturelle Versorgung mit unterschiedlichen Angeboten für Familien, Kinder und Jugendliche zusätzlich an Bedeutung. Zwischen der sozialen Benachteiligung von Familien und den begrenzten Entwicklungschancen ihrer Kinder besteht ein enger Zusammenhang. Eine multidimensionale Problemlage ist nicht nur auf die problematische Einkommenssituation der betreffenden Familien zurückzuführen, sie ist vielmehr durch weitere Indikatoren wie Gewalt, soziale Isolation, mangelnde Erziehungskompetenz und Vernachlässigung gekennzeichnet. Das Fehlen von sozialem und kulturellem Kapital geht häufig mit mangelndem wirtschaftlichem Erfolg und mit sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit einher. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die in benachteiligten Stadtteilen aufwachsen, zeigen verstärkt soziale Auffälligkeiten, gesundheitliche Probleme, Leistungsstörungen oder Neigung zu Alkohol- und Drogenmissbrauch.

Familien in schwierigen Lebenslagen brauchen besondere – auf Integration abzielende – Angebote, die sie im Alltag stützen, entlasten und sie mit aufsuchender, nachgehender, eng begleitender und niederschwelliger Sozialarbeit auch engmaschig und über einen längeren Zeitraum begleiten können.

Diese Familien zeigen sich – häufig aufgrund unzureichender Kenntnis des Bildungs-, Sozial- und Verwaltungssystems, – gegenüber behördlichen Institutionen verunsichert und nutzen seltener die Regelangebote der Familienförderung.

Ihnen muss in geeigneter Weise Hilfestellung und Sicherheit über ihre Rechte und Ansprüche gegeben werden, um bestehende Hemmschwellen abzubauen.

6.3.7.1 Ziele

Maßnahmen der Familienförderung folgen dem gesetzlichen Auftrag des SGB VIII. Sie sollen insbesondere dazu beitragen, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und Benachteiligung

gen zu vermeiden oder abzubauen. Sie leisten Beiträge dazu, Eltern und andere Erziehungsberechtigte zu beraten und zu unterstützen, sowie Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen. Zusätzlich sollen sie helfen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. In den benachteiligten Stadtteilen wie der KF besteht in Bezug auf den oben geschilderten gesetzlichen Auftrag besonderer Handlungsbedarf. Die Maßnahmen und Ressourcen können mit folgenden Zielvorgaben eingesetzt werden:

- Eltern und andere Erziehungspersonen werden unterstützt, damit Kinder ihre Lebenschancen optimal entfalten können
- Belastete Eltern erhalten Angebote, den Alltag zu meistern und Probleme zu überwinden
- Die unterschiedlichen Angebote im Stadtteil müssen miteinander vernetzt werden und gut kooperieren
- Das Wohl der Kinder steht an erster Stelle. Staat und Gesellschaft müssen reagieren, wenn Kinder von Vernachlässigung und Gewalt in der Familie bedroht sind
- Demographischer Wandel: Berücksichtigung der Anforderungen einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung und Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen im Sinne des politischen Ziels einer seniorenfreundlichen Stadt.
- Menschen mit Behinderung ist die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen ist eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

6.3.7.2 Maßnahmen

Folgende Maßnahmen können eingesetzt werden:

- Eltern und andere Erziehungspersonen werden unterstützt, damit Kinder ihre Lebenschancen optimal entfalten können. Hierzu kann eine dezentrale Beratung im Bereich „Bildungspaket“ beitragen
- belastete Eltern erhalten Beratung und Angebote, um den Alltag meistern und Probleme überwinden zu können

- Die unterschiedlichen Angebote im Stadtteil müssen miteinander vernetzt werden und gut kooperieren.
- Das Wohl der Kinder steht an erster Stelle. Staat und Gesellschaft müssen reagieren, wenn Kinder von Vernachlässigung und Gewalt in der Familie bedroht sind.
- Die Bewohner des Quartiers werden befähigt, soziale Kontrolle unterstützend auszuüben.
- Berücksichtigung der Anforderungen einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung und Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen im Sinne des Politikziels einer seniorenfreundlichen Stadt.
- Menschen mit Behinderung ist die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

6.3.8 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund findet vor allem vor Ort in der Nachbarschaft oder in der unmittelbaren Nähe statt.

Entscheidend für das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten eines Stadtteils und seines Wohnumfeldes. Ebenso müssen Möglichkeiten für Begegnungen der unterschiedlichen Kulturen gegeben sein. Pforzheim hat einen relativ hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (rund 40%), die ungleich über das gesamte Stadtgebiet verteilt leben. Die Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund in einzelnen Stadtteilen lässt sich auf Effekte des Wohnungsmarktes aber auch auf subjektive Gründe (Verwandtschafts- und Freundschaftsstrukturen) zurückführen. In benachteiligten Stadtquartieren häufen sich sowohl ökonomisch und sozial benachteiligte Haushalte als auch – zum Teil deckungsgleich – Haushalte von Menschen mit Migrationshintergrund.

Dies kann die Entstehung von sozialen und interkulturellen Konflikten begünstigen. In benachteiligten Stadtteilen ist zudem ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungszugang zu beobachten. Indikatoren wie Sprachkenntnisse oder die Schulabbrecherquote bei Men-

schen mit Migrationshintergrund weisen auf Probleme hin, die durch integrationsfördernde Maßnahmen vor Ort angegangen werden müssen.

Allein der Anteil der ausländischen Bevölkerung (Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit) liegt im Sanierungsgebiet bei 37%.

6.3.8.1 Ziele

Grundlegendes Ziel für die Programmgebiete muss es sein, die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am nachbarschaftlichen Zusammenleben im Stadtteil und die Akzeptanz und Wertschätzung von kultureller Vielfalt zu fördern. Es handelt sich hierbei um einen zweiseitigen Prozess, der Offenheit, Toleranz und Dialog von allen Mitgliedern der Gesellschaft erfordert. Das dichte Nebeneinander heterogener Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Stadtteilen ist durch soziale, kulturelle, ökonomische und städtebauliche Maßnahmen der integrierten Stadtteilentwicklung zu einem Netzwerk im Stadtteil auszubauen, das von Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit und nicht von Abgrenzung geprägt ist. Zentrale Ziele einer integrierten Stadtteilentwicklung sind daher:

- Wertschätzung der kulturellen Identität der Ethnien und Kulturen im Stadtteil bei gleichzeitiger Förderung des interkulturellen Austauschs und der Integration im Sinne wechselseitiger Anerkennung und der gemeinschaftlichen Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung
- Förderung der Teilhabe aller Bewohner eines Stadtteils an gesellschaftlichen Prozessen durch Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Ausbau der Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, um ihnen Lebensperspektiven zu eröffnen und gesellschaftliche Teilhabe in den unterschiedlichsten Netzwerken des Stadtteils zu ermöglichen
- muttersprachliche Beratung u.a. beim Antragswesen, der Erklärung des Systems „Schule“, bei Konfliktmanagement, Einsatz von muttersprachlichen Polizeibeamten u.v.m.

6.3.8.2 Maßnahmen

- **Beschäftigung, Qualifizierung, Ausbildung:**

Sprache und Ausbildung sind wichtige Schlüssel zum Arbeitsmarkt. Insbesondere die Ansprache von und der kulturelle Austausch mit Menschen mit Migrationshintergrund in deutscher Sprache bieten die Möglichkeit, deren Erwerbschancen deutlich zu erhöhen. Förderangebote, die sich speziell an migrantisch geprägte Stadtteilbevölkerungen richten, ermöglichen eine Verbesserung der alltagssprachlichen Fähigkeiten. Ziel muss es sein, Menschen mit Migrationshintergrund für die regelmäßige Verwendung der deutschen Sprache im Alltagsleben zu begeistern und dabei zugleich den eigenen sprachlichen und kulturellen Hintergrund dieser Menschen Wert zu schätzen.
- **Lokale Ökonomie:**

Lokale Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen steht in der Regel in engem Zusammenhang mit ethnisch geprägten Unternehmen und Unternehmensformen. Die Dynamik gerade migrantischer Unternehmen kann die Entwicklung der lokalen Ökonomie stärken.
- **Bildung:**

Alle Bildungseinrichtungen des Quartiers haben eine besondere integrationsfördernde Aufgabe. Notwendige Voraussetzung dafür ist, dass die unterschiedlichen Bildungseinrichtungen vernetzt zusammenarbeiten, gemeinsame regionale Konzepte erarbeiten und diese im Sinne integrierter Handlungskonzepte zur Anwendung bringen (Sozialraumkonferenzen, themenspezifische Fachkonferenzen, Bildungsgespräche etc.).
- **Familienförderung:**

Einrichtungen der Familienförderung (wie z.B. das Lukaszentrum) sind wichtige Partner für die Integration. Integrationsmaßnahmen müssen sich, auch aus kulturellen Gründen, oft an die Familie als primären sozialen Bezugsrahmen richten, um über die Familie das einzelne Individuum zu erreichen. Daher ist eine verstärkt aufsuchende Familienarbeit ein wichtiger Ansatz zur Integration vor Ort. Auch Seniorentreffs leisten einen wichtigen

Beitrag zur Integration älterer Menschen mit Migrationshintergrund.

- **Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft:**
Eine sensible Belegungspolitik der Wohnungsunternehmen und Wohnungsämter beeinflusst das Gelingen lokaler Integration stark. Hierüber muss möglichst mit lokalen ethnischen Multiplikatoren im Rahmen der Gebietsentwicklung kommuniziert werden. Die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in das Dienstleistungspersonal vor Ort kann erheblich zur Integration und Reduzierung nachbarschaftlicher Konflikte beitragen. Speziell für ältere pflegebedürftige Menschen mit Migrationshintergrund ist der Aufbau von Wohngruppen oder Wohngemeinschaften für Demenz dringend notwendig.
- **Wohnumfeld und öffentlicher Raum:**
Die Qualifizierung des öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes soll in enger Abstimmung mit der im Quartier lebenden Bevölkerung erfolgen. Die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund und migrantischen Organisationen (z.B. dem portugiesischen Verein in der KF) hierbei unterstützt deren Integration in die lokalen Netzwerke.
- **Kultur im Stadtteil:**
Kulturarbeit im Stadtteil hat eine zentrale Funktion für den interkulturellen Austausch, weil sie vielfältige Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnet und die Gelegenheit zur Wertschätzung und respektvollem Umgang mit kulturellen Identitäten bietet. So lassen sich beispielsweise öffentliche kulturelle Aktivitäten mit den Festtagen größerer ethnischer Gruppen im Stadtteil verbinden.
- **Gesundheitsförderung:**
Die Vermittlung von Gesundheitskompetenz ist ein wichtiges Thema für Integrationsarbeit. Dies berührt generell die Prävention: u.a. die Erkennung und Vermeidung chronischer Erkrankungen, Probleme bei Schwangerschaft und Geburt, die regelmäßige Teilnahme an Frühuntersuchungen für Kinder und Ernährungsberatung. Aktivitäten der Gesundheitsförderung und

-bildung sollten alle Kulturen im Stadtteil mit ihren speziellen Traditionen ansprechen und die Zugangsmöglichkeiten von gesundheitlichen Versorgungsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden. Dabei spielen u. a. auch fremdsprachliche Angebote über interkulturelle Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren eine bedeutende Rolle.

- **Umwelt und Verkehr:**
Integrationsmaßnahmen können mit Aktivitäten der Umweltbildung kooperieren. Auch im Bezug auf das Umweltverständnis und beim Thema Mülltrennung sind kultursensible Formen zu entwickeln. Bei Verkehrsplanungen, besonders bei der Gestaltung des ÖPNV-Angebotes, zeigen sich weitere Schnittstellen, da Haushalte mit niedrigeren Einkommen in hohem Maße auf ÖPNV-Angebote angewiesen sind.
- **Sicherheit:**
Bei der Einrichtung von Sicherheitskonferenzen (z.B. „Runde Tische“ unter Moderation der Polizei) sollten möglichst alle relevanten ethnischen Gruppen ebenso wie Menschen ohne Migrationshintergrund eines Stadtteils angesprochen und eingebunden werden. Bei der Planung von zielgruppenspezifischen Maßnahmen zur Gewaltprävention ist kultursensibel zu agieren.
- **Sport und Freizeit:**
Populäre Sportarten wie Fußball erfreuen sich in fast allen Ethnien großer Beliebtheit und können eine verbindende Wirkung im Sinne der Völkerverständigung entfalten. Sportliche Aktivitäten, vor allem Vereins- und Mannschaftssport sind deshalb besonders geeignet, ethnisch und sozial heterogene Gruppen zu integrieren.

6.3.9 Kultur im Stadtteil

Die Lebendigkeit, Qualität und Identität eines Quartiers wie die Kaiser-Friedrich-Straße werden zu einem entscheidenden Teil durch das kulturelle Leben in seinen unterschiedlichen Facetten vor Ort geprägt.

Benachteiligte Quartiere sind häufig konfliktbehaftete Orte des Aufeinandertreffens sehr unterschiedlicher Kulturen und Lebensweisen. Dies beinhaltet

sowohl die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen, als auch die religiösen Hintergründe der Bewohnerinnen und Bewohner.

Eine vielfältige Stadtteilkultur kann als Bindeglied wirken.

Im Handlungsfeld Stadtteilkultur kann eine positive Wahrnehmung der Vielfalt der Kulturen zur Chance werden und zur Identität und Imageverbesserung des Quartiers beitragen.

Bewohnerinnen und Bewohnern sowie die tendenzielle Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen bietet lokale Kulturarbeit den Raum zur Aneignung und Beteiligung, zur Kommunikation sowie zur Entwicklung kreativer Potenziale und Talente.

In der kulturellen Beschäftigung können Probleme im Quartier thematisiert und die Beteiligten hierfür sensibilisiert werden. Durch Kulturarbeit im Stadtteil kann so die Wahrnehmung des Quartiers in einer Binnensicht wie auch in einer Außensicht verändert werden. Im Spannungsfeld von kreativer Eigenbetätigung auf Basis von Selbstorganisation und professioneller, dezentraler Kulturvermittlung bietet Kultur im Stadtteil Ansätze, Teilhabechancen von Menschen an Kunst und Kultur zu erhöhen, auf interkulturelle Dimensionen neugierig zu machen und über ein vielfältiges Kulturangebot die Lebensqualität im Stadtteil zu verbessern.

6.3.9.1 Ziele

Stadtteilkulturinitiativen wirken auf der Grundlage spezifischer, lokal unterschiedlich gewachsener und entwickelter Strukturen und Milieus. Sie entstehen und wachsen auf Grundlage von spezifischem Engagement von Personen, Gruppen und Einrichtungen. Diese Strukturen stehen daher für die Stadtteilkulturförderung im Vordergrund, das Transparenz und Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern ermöglicht. Bezüglich benachteiligter Stadtquartiere sollen folgende Ziele im Handlungsfeld „Kultur im Stadtteil“ erreicht werden:

- Beteiligung von Menschen, denen der Zugang zur Kunst und kulturellen Produktion bisher verschlossen blieb, am gemeinsam geschaffenen kulturellen Reichtum der Stadt
- Stärkung von Geschichtsbewusstsein und einer lokalen Öffentlichkeit zur Identifikation mit dem Quartier

- Förderung und Anregung der Kommunikation über Interessen-, Alters- und Milieugrenzen hinweg und Förderung eines interkulturellen Dialoges
- Förderung interkultureller Projektarbeit, um Migranten und Migrantinnen die Chance zu geben, ihre kulturelle Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln, ihre Kunst und Kultur öffentlich zu präsentieren.

6.3.9.2 Maßnahmen

Im Hinblick auf benachteiligte Stadtquartiere sollen vor allem folgende Ziele im Handlungsfeld „Kultur im Stadtteil“ verwirklicht werden:

- Beteiligung von Menschen, denen der Zugang zur Kunst und kulturellen Produktion bisher verschlossen blieb, am gemeinsam geschaffenen kulturellen Reichtum der Stadt
- Stärkung von Geschichtsbewusstsein und einer lokalen Öffentlichkeit zur Identifikation mit dem Quartier. Das Sanierungsgebiet mit gleichnamiger Straße wurde nach Kaiser Friedrich III. (19) benannt. Diese übergreifende Identifikation mit Namen und Stadtteil wurde bisher nicht hergestellt. Es bietet sich geradezu an, Kaiser Friedrich

⁽¹⁹⁾ Friedrich war der Sohn Kaiser Wilhelms I. (1797–1888) und der Kaiserin Augusta (1811–1890). Der Althistoriker und Archäologe Ernst Curtius war sein Lehrer, dem er zeitlebens verbunden blieb. An dritter Stelle der preußischen Thronfolge geboren, heiratete er 1858 die älteste Tochter der britischen Königin Victoria, Prinzessin Victoria. Ihr Vater war Albert von Sachsen-Coburg und Gotha, der zu den Liberalen des Vormärzes zählte und ein Anhänger des sogenannten Coburger Plans war. Er glaubte an eine Einigung Deutschlands unter einem liberalisierten Preußen mit einer konstitutionellen Monarchie und bereitete seine Tochter in diesem Sinne auf ihre Rolle als preußische Prinzessin vor.

Mit der Thronbesteigung seines Vaters Wilhelm I. avancierte Friedrich Wilhelm 1861 zum preußischen Kronprinzen. Von eingeschränkt liberaler politischer Gesinnung, die seine Mutter und seine Gattin förderten und unterstützten, galt er in den Folgejahren als Gegner der Innenpolitik seines Vaters und dessen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck.

Seit 1871 in der Doppelrolle als „Deutscher Kronprinz und Kronprinz von Preußen“, wurde Friedrich Wilhelm durch die Langlebigkeit seines Vaters und die Dauerherrschaft Bismarcks politisch immer stärker zermürbt. Lediglich nach einem Attentat auf Wilhelm I. führte der Kronprinz 1878 vorübergehend die Regierungsgeschäfte, wurde von Bismarck aber so geschickt ausmanövriert, dass er auf dessen Politik keinerlei Einfluss nehmen konnte.

Als Friedrich Wilhelm durch den Tod seines Vaters am 9. März 1888 Deutscher Kaiser und König von Preußen wurde, war er bereits so schwer an Kehlkopfkrebs erkrankt, dass er nicht mehr sprechen konnte. Seine nur dreimonatige Regentschaft („99-Tage-Kaiser“) endete bereits im Jahr der Thronbesteigung und machte mit der Thronbesteigung seines Sohnes Wilhelm II. (1859–1941) das Jahr 1888 zum Dreikaiserjahr.

in Wort und Bild, als einheitliches Signet für eine neue Marke KF zu entwickeln

- Förderung und Anregung der Kommunikation über Interessens-, Alters- und Milieugrenzen hinweg und Förderung eines interkulturellen Dialoges
- Förderung interkultureller Projektarbeit, um Migranten und Migrantinnen die Chance zu geben, ihre kulturelle Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln, ihre Kunst und Kultur öffentlich zu präsentieren und den gleichberechtigten Dialog der unterschiedlichen Kulturen zu stärken. Bereits im Stadtteil ansässige Vereine, Institutionen und Händler (Portugiesisches Vereinsheim, Türkischer Lebensmittelladen usw.) müssen stärker eingebunden werden. Zudem bestünde die Möglichkeit, im Halbjahreswechsel mit dem Stadtteilfest auf dem Turnplatz, im Bereich der Benckiserstraße ein multikulturelles Fest für alle Nationen auszurichten um für die Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund eine Plattform zu schaffen, wo sie sich, ihre Nation und ihre Kultur präsentieren können
- Nutzung von kinder- und jugendkultureller Projektarbeit, um in Stadtbereichen mit besonderem Entwicklungsbedarf neue Kräfte für anregungsreiche Kulturarbeit zu mobilisieren. Hierzu ist allerdings ein Jugendtreff im Quartier mit entsprechender personeller Ausstattung notwendig
- Ermutigung zu freiwilligem Engagement bei der Mitgestaltung kultureller Milieus aus den Alltagsbezügen des Wohnumfeldes heraus
- Förderung von Kulturarbeit als Impuls für die Gebietsentwicklung sowie Initiierung und Stabilisierung einer kulturellen Infrastruktur für unterschiedliche kulturelle Milieus.

Im Quartier wird 2011/2012 der national und international bekannte Künstler René Dantes sein Atelier im alten Pumpenhaus beziehen. In Vorgesprächen bekundete er die Bereitschaft, temporär Kunst in der KF zu präsentieren. Weitere Künstler könnten folgen. Hier bietet sich bei der Umgestaltung der KF die Chance frühzeitig Fundamente für „Kunst im öffentlichen Raum“ zu setzen.

6.3.10 Gesundheitsförderung

Zwischen der sozialen Lage und Gesundheitsproblemen bestehen große Zusammenhänge: Der vergleichsweise niedrige Lebens- und Wohnstandard, die häufig überdurchschnittliche Umwelt- und Verkehrsbelastung sowie weitere sozialstrukturell bedingte Probleme wie niedriges Bildungsniveau und Berufsqualifizierung können sich negativ auf die gesundheitliche Situation und die Lebenserwartung der Bewohnerinnen und Bewohner ressourcenschwächerer Stadtteile auswirken. Als konkrete gesundheitliche Probleme treten – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen – verstärkt Fehlernährungen, Bewegungsmangel, Entwicklungs- und Verhaltensauffälligkeiten sowie teilweise Suchtgefährdungen auf. Hinzu kommen eine mangelnde Aufgeklärtheit über Gesundheits- und Krankheitsfragen im Allgemeinen und geringere Nutzung von Früherkennungs- und Präventionsangeboten. Häufig sind die persönlichen, ökonomischen und sozialen Ressourcen zur Bewältigung gesundheitlicher Belastungen aufgrund persönlicher Erfahrungen und Lebens- bzw. Verhaltensmuster der Menschen in diesen Stadtgebieten begrenzt. Infolge dessen haben ressourcenschwächere Bürgerinnen und Bürger einen höheren Bedarf an Leistungen des medizinischen Versorgungssystems und an sozialer Absicherung im Krankheitsfall. Gesundheitsfördernde und präventive Aktivitäten müssen daher schwerpunktmäßig in den Stadtteilen durchgeführt werden, in denen die unterstützungsbedürftigen Zielgruppen leben und Handlungsbedarfe nachgewiesen sind.

6.3.10.1 Ziele

Die Gesundheitsförderung und Prävention haben für die integrierte Stadtteilentwicklung eine herausragende und strategische Bedeutung! Ihr zentrales Ziel – Verbesserung der Lebensbedingungen und -chancen in ressourcenschwächeren Quartieren – ist ohne eine deutliche Senkung der Gesundheitsrisiken und den Aufbau gesundheitsfördernder Strukturen kaum zu erreichen. Zentrales Ziel der Gesundheitsförderung muss daher sein, die gesundheitliche Situation der Menschen in ressourcenschwächeren Quartieren grundlegend zu verbessern. Übergeordnet sind dabei folgende strategische Ziele zu beachten

- Gesundheitsförderung und Prävention müssen in ressourcen-schwächeren Gebieten flächendeckend in die Regelsysteme integriert werden, d. h. Gesundheitsförderung bspw. in Eltern-Kind-Zentren, Kindertagesstätten und Schulen müssen so alltagsnah umgesetzt werden, dass möglichst alle davon profitieren können
- Einbindung von Gesundheitsfragen in die Sozialberatung
- Gesundheitsförderung und Prävention zielgruppenspezifisch auch unter ethnischen und Gender-Aspekten für die Menschen im Entwicklungsgebiet organisieren, d. h. die hier lebenden Menschen, die aufgrund ihrer Lebenssituation eine besondere Unterstützung benötigen, ansprechen und erreichen
 - Schaffung gesundheitsfördernder Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse
 - Reduzierung gesundheitsschädlicher und –belastender Umweltbedingungen
 - Schaffung bedarfsgerechter, für die verschiedenen Altersgruppen differenzierter und interkultureller Angebote der Gesundheitsbetreuung sowie medizinischer Vorsorge und Versorgung
 - Befähigung der Bewohnerschaft zu selbstbestimmtem Handeln für Gesundheit (Vermittlung von Life- Skills und Entwicklung von Gesundheitskompetenzen)
 - Abbau von Zugangsschwellen zu den Regelangeboten des Gesundheitswesens, der Gesundheitsbetreuung, Prävention und medizinischen Versorgung. Gesundheitsförderung umfasst alle Maßnahmen, die auf die Veränderung und Förderung des individuellen Verhaltens zielen und die Lebensumstände im positiven Sinne verändern. Sie trägt damit zur Stärkung der Gesundheitsressourcen und -potenziale der Menschen bei. Gesundheitsförderung ist als Prozess zu verstehen, der darauf abzielt, alle Bürgerinnen und Bürger zu verantwortungsbewussten Entscheidungen hinsichtlich ihrer Gesundheit zu befähigen (Empowerment). Die umfassende Förderung von Gesundheitskompetenzen und -bedingungen in den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung und psycho-

soziale Gesundheit, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen und deren Familien soll gestärkt werden. Dabei sind alters-, geschlechts- sowie migrationspezifische Perspektiven einzubeziehen.

Präventive Maßnahmen sollen früh beginnen: Früherkennung, das Vorsorgeverhalten sowie Themen der Gesundheit in der Schwangerschaft und frühen Kindheit bilden hier wichtige Handlungsschwerpunkte.

6.3.10.2 Maßnahmen

Gesundheitsförderung umfasst alle Maßnahmen, die auf die Veränderung und Förderung des individuellen Verhaltens zielen und die Lebensumstände im positiven Sinne verändern. Sie trägt damit zur Stärkung der Gesundheitsressourcen und -potenziale der Menschen bei. Gesundheitsförderung ist als Prozess zu verstehen, der darauf abzielt, alle Bürgerinnen und Bürger zu verantwortungsbewussten Entscheidungen hinsichtlich ihrer Gesundheit zu befähigen (Empowerment). Die umfassende Förderung von Gesundheitskompetenzen und -bedingungen in den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung und psychosoziale Gesundheit, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen und deren Familien soll gestärkt werden. Dabei sind alters-, geschlechts- sowie migrationsspezifische Perspektiven einzubeziehen.

7 Ausblick und weiteres Vorgehen

Um zielführend zu sein, ist Stadtteilumbau als Gemeinschaftsaufgabe von Stadtplanung, Stadtentwicklung, Sozialarbeit und Wirtschaftsförderung zu verstehen. Rückblickend lässt sich feststellen, dass in Pforzheim die Vernetzung mit der Wirtschaftsförderung nicht ausreichend praktiziert wurde. Zwar waren die Vertreter/innen der Wirtschaftsförderung in den Prozess eingebunden, doch konnten Zielvorstellungen oder gemeinsame Handlungsstrategien nicht in wünschenswertem Umfang aufeinander abgestimmt werden.

Die Kommunikation des Umwandlungsprozesses innerhalb der Stadt und des Quartiers war sehr breit und vielschichtig angelegt, so dass unterschiedlichste Zielgruppen angesprochen und über den Prozess informiert wurden. Im Verlauf der Arbeit ließ sich zunehmend deutlich beobachten, wie wichtig es ist, den überwiegend negativ besetzten Themen „Rückgang der Ressourcen“, „Überfremdung“, „Müll“, „Verkehrslast“ positive Qualitäten entgegenzusetzen, was u.a. in einem entsprechenden Logo des Stadtteils vermittelt werden soll.

Die baulichen Impulsprojekte haben sich überaus positiv auf das Gesamtvorhaben Quartiersentwicklung ausgewirkt. Bedingt durch den frühen Zeitpunkt der Maßnahme, die stets beachtete Bürgerbeteiligung und eine reibungslose Abwicklung haben diese Baumaßnahmen eine positive Signalwirkung entfaltet, die künftig dem Gesamtprozess zugute kommt. Die beteiligten Wohnungsunternehmen genießen einen hervorragenden Ruf und können bei weiteren, privaten Sanierungsvorhaben als projektstimulierender Türöffner fungieren.

Die baulichen Impulsprojekte haben beispielhaft die angestrebten Ziele erreicht. Mit ihrer inhaltlichen Ausrichtung, die nicht an der Strategie Abbruch und Neubebauung, sondern an den vorhandenen Beständen im Geschosswohnungsbau ansetzten, wurden innerhalb dieser Substanz Nachfrage gerechter Wohnraum geschaffen.

Im Sinne der Quartiersentwicklung bedarf es zeitnah der Ausweitung eines zielgruppenspezifischen Wohnraumangebots für folgende Zielgruppen:

- die 18 – bis 25-Jährigen
 - in Form von modernem urbanen jungen Leben wie:
 - students village,
 - junges Wohnen
- allein erziehende Mütter
- die Senioren/-innen, die zukünftig den höchsten Anteil der Stadt(teil)bevölkerung stellen mit wachsender Tendenz. Hier bedarf es gestaffelter Betreuungsangebote wie z.B:
 - Service im Stadtteil,
 - wohnortnahe Versorgung
 - Concierge Lösungen
- Haushalte mit Kindern, die vielfach nach einer attraktiven Wohnung in zentraler Lage als Alternative zum Haus im Grünen am Stadtrand suchen (Stichwort: Familienfreundliches Wohnen).

Im Sanierungsgebiet Kaiser-Friedrich-Straße/Weststadt wurde neben den baulichen und städtebaulichen Maßnahmen bereits auch eine Vielzahl von sozialen Projekten durchgeführt.

So realisierte das Jugend- und Sozialamt im Rahmen von Förderprogrammen wichtige Maßnahmen im Sinne des vorliegenden Quartiersentwicklungsplanes/Integrierten Entwicklungsprogramms federführend selbst bzw. beauftragte Dritte hiermit.

Zusätzlich sollten im Jahr 2012 folgende Themen aufgegriffen und bearbeitet werden:

- Müllproblematik
- Marke KF
- Jugendbüro

Weitere Maßnahmen, die in den kommenden Jahren zu realisieren sind:

- Ausweitung der Städtebaufördermittel sowie eine Laufzeitverlängerung des Sanierungsgebiets
- Bereitstellung finanzieller Mittel im Haushalt des Dezernates III für soziale Projekte im Quartier wie z.B.
 - Schaffung einer Altenbegegnungsstätte
 - Realisierung eines Jugendtreff
 - Eröffnung eines Quartierstreff
 - Gründung einer Jugendwerkstatt
 - Beratung zu „Hilfen im Alter“
 - niederschwellige Beratungsangebote im Quartier
- Schaffung eines Verfügungsfonds für die Bewohner zur aktiven Teilhabe am Umgestaltungsprozeß
- Gründung einer Entwicklungsgesellschaft für die Übernahme abzubrechender bzw. umzuwandelnder Bausubstanz und die Wiederverwertung der Grundstücke
- Intensives Stadtteilmanagement für die gesamte Laufzeit der Sanierung
- Institutionalisierung von Quartiersmanagement
- Aufstellung eines Jahresprogramms gemeinsam mit dem Quartiersrat

Ein Quartiersentwicklungsplan wie der nun vorliegende ist kein festgeschriebenes Patentrezept zur Revitalisierung eines Quartiers, sondern ein Leitfaden, der allen am Prozess beteiligten Partnern Ziel und Richtung weist. Dazu gilt es in jeder Phase der Umsetzung Erreichtes und noch Nichterreichtes zu überprüfen, Zielvereinbarungen mit allen Beteiligten zu formulieren, Controlling-Maßnahmen einzuführen und das Konzept regelmäßig fortzuschreiben. Nur so lassen sich langfristig und nachhaltig Trading-down-Effekte im Quartier bekämpfen und Lebensqualität zum Wohle aller im Stadtteil lebenden Bürger erreichen.

Literaturverzeichnis

- Benzler, /Heinelt, H.; 1991: Stadt und Arbeitslosigkeit. Arbeitsmarktpolitische Aktivitäten im Vergleich, Opladen
- Berekoven, L.; 1995: Erfolgreiches Einzelhandelsmarketing. Grundlagen und Entscheidungshilfen, München
- Birkhölzer, K.; 1994: Lokale Ökonomie zwischen Marginalisierung und zukunftsweisender Wirtschaftsweise, Technische Universität Berlin, Interdisziplinäres Forschungsprojekt „ Lokale Ökonomie“ (Hrsg.), Berlin
- Bremer, P./Gestring, N.; 2004: Migranten – ausgegrenzt?, in: Häußerman u.a. 2004, S.258-285
- Brüderl, J./Preisendörfer, P.; Ziegler, R. 1993a: Staatliche Gründungsfinanzierung und der Erfolg neugegründeter Betriebe, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 212, S 13-32
- Brüderl, J./Bühler, Ch./Ziegler, R.; 1993b: Beschäftigungswirkung neugegründeter Betriebe, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1993, S.521 ff.
- Cramer, C./Behrens, J., 2001: Lokale Ökonomie – eine zentrale Strategie für die Soziale Stadt, in: Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) (Hrsg.): Soziale Stadt Info 5, Berlin, S. 2-7
- Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) (Hrsg.), 2002: Fachgespräch „ Wirschaften im Quartier“. Dokumentation der Veranstaltung am 2. und 3. Juli 2001 in Bochum, Berlin [Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 6]
- Doehler-Behzadi, M., 2003: Die perforierte Stadt _ Chaos oder Methode?, in: vhw Formu Wohneigentum 6/ Dez. 2003, Berlin, S. 288-289
- Freie und Hansestadt Hamburg; Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, Leitstelle integrierte Stadtentwicklung (Hrsg); Freie und Hansestadt Hamburg, Rahmenprogramm Integrierte Stadtteientwicklung, Hamburg 2010
- Geppert, K./Gornig, M., 2003: Die Renaissance der Großen Städte - und die Chancen Berlins, in: DIW Wochenbericht 23/2003, Berlin, S. 411-418

- Grimm, G. Micklinghoff, G./ Wermker, K., 2001: Raumorientierung der Verwaltung. Vom Modell zur Regelstruktur: Erweiterung der Verwaltungsreform-Debatte um den räumlichen Aspekt, in: Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) (Hrsg.): Soziale Stadt Info 6, Berlin, S. 13-17
- Hanesch, W./Krüger-Conrad, K. (hrsg.), 2004 Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die „Soziale Stadt“, Wiesbaden
- Häußermann, H./Kapphan, A., 2004: Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt, in: Häußermann u.a. 2004, S. 203-234
- Häußermann, H./Kronauer, M./Siebel, W. (Hrsg.), 2004: An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt am Main
- Heinelt, H./Bosch, H./Reissert, B. (Hrsg.), 1994: Arbeitsmarktpolitik nach der Vereinigung, Berlin
- Kappke, A./Lindstädt, 2001: Chancen und Risiken des Stadtmarketings – dargestellt am Fallbeispiel der Stadt Fellbach, in: Schuckel 2001, S. 169-204
- Kettl-Römer, B., 2004: Tante Emmas innovative Erben, in: ahndelsjournal Nr.1, Januar 2004, S.14-17
- Koch, S. /Wießner, F., 2003: Ich-AG oder Überbrückungsgeld? Wer die Wahl hat, hat die Qual, Nürnberg [IAB-Kurzbericht nr. 2/2003]
- Kritikos, A./Wießner, F., 2004: Existenzgründungen. Die richtigen Typen sind gefragt, Nürnberg [IAB Kurzbericht Nr. 3/2004]
- Kurtz, B., 2002: Förderung von Existenzgründungen: Das ESF-BA-Programm im Zusammenspiel mit der Regelförderung des SGB III, Nürnberg [IAB-Werkstattbericht 8/2002]
- Läßle, D., 2000: Städte im Spannungsfeld zwischen globaler und lokaler Entwicklungsdynamik, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein- Westfalen (ILS): Europäische Konferenz: Lokale sozio-ökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund
- Läßle, D., 2004: Hamburger Arbeitsmarkt im globalen Kontext, in: Hönekopp, E./Jungnickel, R./Straubhaar, TH.: Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Nürnberg

- Läßle, D./Walter, G.; 2000: Im Stadtteil arbeiten. Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe, hrsg. V. d. Stadtentwicklungsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg
- Läßle, D./Walter, G., 2003: Lokale Ökonomie und soziale Stadt, in: StadtBauwelt 157, 94. Jg. Themenheft „ Soziale Stadt“ , Berlin, S.2433
- Löhr, R-P., 2004: Lokale Ökonomie in der Sozialen Stadt – Chancen und Ansätze. Vortrag gehalten im Rahmen der Werkstatt Stadtteilarbeit, Hannover [unter www.soziale-stadt.de herunterzuladen]
- Müller-Hagedorn, L./Schuckel, M., 2001: Möglichkeiten der Ermittlung und Prognose von Marktgebieten, dargestellt am Beispiel CentrO Oberhausen, in: Schuckel 2001. S. 89-104
- Oswald, Ph. (hrsg.), 2004: Schrumpfende Städte, Band 1: Internationale Untersuchung, Ostfildern-Ruit
- Pachowsky, R., 2000: Bau- und Immobilienmarketing, München; Wien
- Porter, M.E. 1999: Unternehmen können von regionaler Vernetzung profitieren, in: Harvard Businessmanager; Heft 3/99, S. 51-63
- Rudolph, H. (Hrsg.) 2001: Aldi oder Arkaden? Unternehmen und Arbeit im europäischen Einzelhandel, Berlin
- Rudnick Rudnick & Partner/lindener baukontor, 2002: Urbane Achse Deisterstraße, Entwicklungschancen für Linden-Süd, Hannover [Gutachten für die Landeshauptstadt Hannover, Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften]
- Salm, V., 2000: Revitalisierung von Innenstädten durch Straßenpools, Trier
- Schmidt-Eichstaedt, G., 2003: Stadtumbau Ost/Stadtumbau West im Vergleich, in: vhw Forum Wohneigentum 6/Dez. 2003, Berlin, S.282-287
- Schuckel, M. (hrsg.), 2001: Stadt- und Standortmarketing, Köln [Sonderheft der Mitteilungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln,44]

- Tchouvakhina, M. T., 2004: Wirtschaftsdynamik durch Gründungen von Migranten. Vortrag, gehalten im Rahmen einer Veranstaltung des Technologiezentrums Hannover (TCH) zum Thema Existenzgründung von Migranten, Hannover
- Weber, St., 2004: Neue Chancen für Tante Emma. Lekkerland-Tobaccoland baut bundesweit eine Kioskkette auf, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 267 vom 17.11.04
- Stadt Wilhelmshaven, 2003: Sanierung westliche Südstadt. Quartiersentwicklungsplan. Kurzfassung, Wilhelmshaven
- Stadt Wilhelmshaven (Statistik/Wahlen), 2004: Statistikreport III/

